

Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik



Hamburg: Protest gegen Abschiebung von Roma

- *Warum das Verbotsverfahren gegen die NPD stockt – S. 3*
- *Volksabstimmung zu Stuttgart 21: Eindeutiges Votum – und nun? – S. 5*
- *Hamburg schiebt Roma ab – S. 13*
- *Mindestlohn: CDU macht Wind ohne Folgen – S. 16*
- *China auf dem Weltmarkt – Konkurrent und Förderer – S. 18*

Ausgabe Nr. 12 am 2. Dezember 2011, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung
„Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“.
Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK
– ERSCHEINT ZWÖLFMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lötzer, Postfach 210112, 10501 Berlin, E-Mail: gnn-berlin@onlinehome.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Thorsten Jannoff, Tel. 0209/81 53 43 oder 0178/2 87 75 71, E-Mail: t.jannoff@web.de

Diskussion / Dokumentation: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11/62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32, E-Mail: pb@gnn-verlage.de

In & bei der Linken: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de
Letzte Seite: Alfred Küstler, Anschrift Aktuelles.

Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Sozialabo: 46,80 €. Ausland: +6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck und Vertrieb: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 1 Ausgaben für 5 € (beilegen) zum Kennenlernen

o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)

o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

Schäubles Schulden

rül. Mit den Stimmen der schwarzgelben Koalitionsfraktionen hat der Bundestag letzte Woche den Haushaltsplan für 2012 verabschiedet. Größter Ausgabenposten sind erneut die Zuschüsse zur gesetzlichen Rentenversicherung in Höhe von 80 Milliarden Euro, die damit mehr als ein Viertel der Ausgaben des Bundes ausmachen. Insgesamt plant die Regierung für 2012 Ausgaben in Höhe von 306 Milliarden Euro. Zweitgrößter Ausgabenblock sind wieder die Zinsen auf die Bundesschuld. Bei einer Gesamtschuld des Bundes in Höhe von 1.300 Milliarden Euro rechnet die Regierung für 2012 mit Zinskosten in Höhe von 38,3 Milliarden Euro. Das entspricht einer Verzinsung von weniger als 3%. Kein Wunder, dass die gleiche Regierung Merkel, die alle anderen EU-Staaten rigoros zum Sparen auffordert, nicht nur Steuersenkungen plant, sondern auch einen Anstieg der Neuverschuldung. Nach ca. 22 Milliarden Euro Neuverschuldung in diesem Jahr streben Merkel und ihr Finanzminister für 2012 eine Neuverschuldung von 26,1 Milliarden Euro an. Sollte die Konjunktur stärker einbrechen, dürfte die Neuverschuldung deutlich stärker ausfallen. Schäuble hat damit aber offenbar kein Problem. Denn auf Anleihen zahlt die Regierung derzeit extrem niedrige Zinsen. 2,159 Prozent lautete das Zinsangebot vergangene Woche auf eine neue Anleihe der Bundesregierung. Fachleute nennen das einen „negativen Realzins“, weil die Zinserträge niedriger sind als die Teuerungsrate. Die haushaltspolitischen Geisterfahrer in der Regierung hoffen offenbar, dass diese extrem seltene Schönwetterlage an der Zinsfront anhält. Wenn diese Hoffnung sie trügt, zahlen am Ende die Steuerzahler für die von der Regierung Merkel leichtfertig vergebene Chance, die Staatsschuld endlich zu senken.

Kurzarbeit zusammengestrichen

rül. Die erleichterten Regelungen zur Kurzarbeit, die noch unter der schwarz-roten Bundesregierung 2008 und 2009 in Kraft gesetzt wurden, um den Absturz der wirtschaftlichen Produktion im Zuge der weltweiten Finanzkrise abfangen zu können, ohne dass die Arbeitslosenzahlen in die Höhe schnellen, laufen zum Jahresende vorfristig aus. Sowohl die Arbeitgeber und ihre Verbände wie die Gewerkschaften hatten vor einem Wegfall dieser Regelungen, die ursprünglich bis April 2012 laufen sollten, gewarnt und eine Beibehaltung gefordert. Bundesarbeitsministerin von der Leyen hat aber dennoch das Sozialgesetzbuch geän-

dert. Die Regelungen laufen damit zum 31.12.2011 vorfristig aus. Die Agentur für Arbeit verschickt bereits an Betriebe, die noch Kurzarbeit fahren, Kündigungs- bzw. Änderungsbescheide. Ab 1.1.2012 ist deshalb Kurzarbeit im Bereich Leiharbeit gar nicht mehr möglich, in allen anderen Bereichen nur noch, wenn mindestens 30% der Belegschaft kurz arbeiten. Außerdem fallen die Zuschüsse des Bundes zu den Sozialversicherungsbeiträgen im Fall von Kurzarbeit weg. Im Ergebnis wird Kurzarbeit für die Betriebe erheblich teurer und schwieriger. Damit wächst zusätzlich zu den ohnehin sichtbaren konjunkturellen Warnsignalen auch durch das politische Handeln der Regierung die Gefahr von Entlassungen und damit von Arbeitslosigkeit. Versammlungsfreiheit auch für Kur-

Versammlungsfreiheit auch für Kur-dinnen und Kurden!

www.ulla-jelpke.de „Das Verbot der bundesweiten Großdemonstration ‚PKK-Verbot aufheben – Demokratie stärken‘ ist ein staatlicher Willkürakt“, erklärt die Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke (Die Linke) anlässlich des vom Berliner Verwaltungsgericht bestätigten Verbots der Demonstration am 26. November in Berlin. Gemeinsam mit rund einem Dutzend weiterer Bundestags-, Landtags- und Europaabgeordneter der Linken hat Ulla Jelpke den Aufruf zu dieser Demonstration der Föderation kurdischer Vereine Yek Kom zum 18. Jahrestag des Verbots der Arbeiterpartei Kurdistans PKK unterzeichnet. Jelpke weiter:

„Es ist geradezu zynisch, wie jetzt das PKK-Verbot dafür bemüht wird, eine Demonstration gegen eben jenes Verbot zu verbieten. Ich fordere den Berliner Innensenator und die Polizeiführung auf, unverzüglich das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit sicherzustellen – auch für Kurdinnen und Kurden. Im Dezember berät der Petitionsausschuss des Bundestages über eine Petition zur Aufhebung des PKK-Verbots. Es muss den Unterstützern dieser Petition möglich sein, für ihre Forderungen auf die Straße zu gehen.“

Mit ihrer Verbotspolitik gegen kurdische Vereinigungen und Demonstrationen verhindert die Bundesregierung eine demokratische Partizipation kurdischstämmiger Mitbürgerinnen und Mitbürger. Zugleich ermutigt die Bundesregierung so die türkische Regierung zu einem weiteren repressiven Vorgehen gegen die kurdische Demokratiebewegung. Erst gestern wurden in der Türkei über 50 Rechtsanwälte sowie Dutzende Journalisten und Aktivistinnen festgenommen. Zudem bom-

Politische Berichte im Internet: www.politische-berichte.de

bardierten türkische Kampfflugzeuge in der Nacht zum Mittwoch erneut kurdische Dörfer im Nordirak.“

Linksfraktion fordert deutsch-französische Initiative zur Regulierung der Finanzkrise

Heute im Bundestag, 25.11. hav. Die Bundestagsfraktion der Partei „Die Linke“ hat im Bundestag einen Antrag eingebracht, in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, zusammen mit der französischen Regierung eine Initiative zu ergreifen, das ein europäischer Fonds für soziale, solidarische und ökologische Entwicklung gegründet werden soll. Finanziert werden soll der Fonds über eine neue „Europäische Bank für öffentliche Anleihen“, die Staatsanleihen der EU-Staaten bei der Europäischen Zentralbank einreicht. Ab 2012 soll eine Finanztransaktionssteuer erhoben werden. Der Steuersatz soll 0,1 Prozent für Aktien und 0,05 Prozent für alle andere Finanz- und Devisentransaktionen betragen. Außerdem sollen EU-weit Personen mit einem Privatvermögen von mehr als einer Million Euro zu einer Sondervermögensabgabe herangezogen werden. Dazu schreibt die Linksfraktion: „Da sich das Vermögen der Millionäre in der EU im Jahre 2010 auf ca. 8 000 Milliarden Euro belief, würde eine entsprechende Abgabe alleine in der Eurozone Einnahmen von vielen Milliarden Euro darstellen, mit denen die Mitgliedstaaten der EU ihr Defizit in beträchtlicher Weise reduzieren könnten.“ Die Fraktion fordert zudem Verbote von Leerverkäufen, Kreditversicherungen, des Hochfrequenzhandels und der Bewertung von Staatsanleihen durch Ratingagenturen. Befremdlich ist, dass die Fraktion offenbar keine Probleme mit einer deutsch-französischen Führerschaft in der EU hat.

Ägypten: Die Partei der Muslimbrüder liegt vorne

Die Wahl des ägyptischen Parlaments findet in sechs Etappen vom 28. November 2011 bis zum 4. März 2012 statt. Peter Schäfer, vom Büro Ramallah der Rosa Luxemburg Stiftung hat dazu auf der Internetseite der RLS eine kenntnisreiche Übersicht veröffentlicht, die wir auszugsweise wiedergeben:

Vom 28.-30. November stimmten die ÄgypterInnen zum ersten Mal frei über die Zusammensetzung ihres Parlaments ab. Erste Berichte gehen von einem überwältigenden Sieg der Partei für Freiheit und Gerechtigkeit, die Partei der Muslimbrüder, bzw. ihrer Wahlliste, die auch anderen Parteien und individuelle Kandidaten umfasst, aus. Die salafistische Nur-Partei und die Liste „Ägyptischer Block“ schnitten ebenfalls erfolgreich ab. Andere Parteien und Wahllisten konnten jedoch Achtungserfolge erzielen. So wird auf Facebook bereits der Sieg von Amr Hamzawy (Freiheitspartei), der als individueller Kandidat in Kairo antrat, gefeiert. Hamzawys Partei ist Teil der linken Wahlliste „Die Revolution geht weiter“. In dieser ersten Etappe der Parlamentswahlen von insgesamt sechs fand der Urnengang in neun der insgesamt 27 Gouvernorate Ägyptens statt. Zur Wahl standen KandidatInnen für die Volksversammlung, eine von zwei Kammern des Parlaments.

Die wichtigsten Wahllisten und Parteien: Liste „Die Revolution geht weiter“. Ein linker Zusammenschluss mit einem Fokus auf soziale Gerechtigkeit und, großteils, Säkularismus. Der Liste gehören an: Partei Sozialistische Volksallianz, Sozialistische Partei, Ägyptische Freiheitspartei (mit Amr Hamzawy an der Spitze), Ägyptische Strömungspartei (ein Teil der Muslimbrüderjugend), Revolutionäre Ju-

gendkoalition und andere. Liste „Freiheit und Gerechtigkeit“ mit der Partei Freiheit und Gerechtigkeit (Muslimbrüder), die Partei Al Ghad al Thaura (der Morgen der Revolution), der Arbeitspartei, die Partei Al Karama und anderen. Die Partei stellt KandidatInnen für fast alle Parlamentssitze. Das ist ein wichtiger Punkt angesichts anfänglicher Diskussionen innerhalb der Muslimbrüder, höchstens eine knappe Mehrheit im Parlament anzustreben. Diese Rechnung ginge in Ägypten relativ unproblematisch auf, da, nachdem die gewünschte Anzahl in den ersten Wahletappen erreicht ist, Kandidaten in später zur Abstimmung schreitenden Gouvernoraten von ihrer Kandidatur zurücktreten könnten. Liste „Ägyptischer Block“ mit der Partei Freie Ägypter des prominenten Geschäftsmanns Nagib Sawiris, der Sozialdemokratischen Partei und der Tagammu-Partei. Liste „Al Nur“ (das Licht) mit der Partei Al Nur und anderen salafistischen Parteien und KandidatInnen. Al Wasat-Partei (die Mitte), geführt von Abul Ela Madi. Sie ging bereits 1996 aus den Muslimbrüdern hervor, erhielt ihre Lizenz jedoch erst nach der Revolution vom 25. Januar 2011. Al-Wafd-Partei (die Delegation), geführt von Al Sayed Al Badawi. Sie wurde bereits Anfang des 20. Jahrhunderts im Kampf gegen die britische Besatzung Ägyptens gegründet. Die Partei ist sehr gut verankert und stellt KandidatInnen für über 80 Prozent der verfügbaren Parlamentssitze. Parteien, die aus der bis zur Revolution vom 25. Januar regierenden *Nationaldemokratischen Partei (NDP)* hervorgingen, treten ebenfalls zur Wahl an. Ihnen werden jedoch keine großen Chancen zugesprochen, obwohl einzelne Ex-NDP-Angehörige in einigen Wahlkreisen offenbar Stimmenmehrheiten verbuchen konnten.

Warum das Verbotsverfahren gegen die NPD stockt

Unter dem Eindruck der Enthüllungen über die Nazi-Mordserie gab auf dem Kieler Parteitag der Grünen auch Claudia Roth ihre vorher gehegten Bedenken auf, am Ende sprachen sich die Grünen für einen Verbotsantrag aus, wenn Aussicht auf Erfolg bestehe. 2003 war ein NPD-Verbotsverfahren gescheitert. Das damalige Vizepräsident des Verfassungsgerichtshofes Hassemer sagt heute kurz und knapp, dass damals nicht klar gewesen sei, ob Texte, die Bestandteil des Beweismaterials gegen die NPD waren, von Verbindungsleuten des Verfassungsschutzes geschaffen worden seien. Die Aufgabe, eine neue Klageschrift von derartigem Material freizuhalten, sollte lösbar sein. Schwierigkeiten entstehen jedoch, wenn die Behörden die

V-Leute systematisch nicht nur zur Beobachtung einsetzt, sondern zur Beeinflussung und Führung der Nazi-Bewegung. Die breite Öffentlichkeit kann das beklagen, etwas dagegen tun kann sie nicht. Wenn überhaupt, dann können die Parlamente etwas bewirken. Denn die Ausgaben der Dienste sind Bestandteil der öffentlichen Haushalte. Der Deutsche Bundestag wird sich mit der Frage beschäftigen müssen, dass die Auseinandersetzung mit der NPD auch als Auseinandersetzung mit den Ämtern geführt werden muss. Verfahren der steuernden Beeinflussung müssten politisch geächtet werden und die Ausgaben der Dienste dementsprechend geprüft werden. Es ist abzusehen, dass die Regierungsapparate aus eigener Kraft die Verstrickung der

Ämter mit der Nazi-Szene nicht lösen werden. Den Parlamentariern bleibt der Kampf um die Kontrolle des Budgets. 2003 hat sich das Bundesverfassungsgericht geweigert, ein Verfahren zu führen, in dem das Gericht auf – man kann es nicht anders sagen – systematische verfassungsfeindliche Bestrebungen aus den Ämtern gestoßen wäre. Für die Justiz ist die Integrität und Stabilität des Staatsganzen ein hoher Wert. Komme noch auf, was da wolle, solange die Behörden sich nicht aus der Rolle des Zahlmeisters und Inspirators der NPD gelöst haben, wird ein Verbotsverfahren nicht vorankommen.

Der Verbotsantrag und der mörderische Nazi-Untergrund

Im norwegischen Verfahren gegen den

Attentäter hat man jetzt festgestellt: Breivik ist unzurechnungsfähig. Von geistiger Gesundheit wird man auch bei den Nazi-Mördern nicht ohne weiteres sprechen wollen. Jenseits der schwierigen Fragen der Zurechnungsfähigkeit von Tätern bleibt die Tatsache, dass der Wahn sich Ziele sucht, die in der politischen Öffentlichkeit markiert werden. Personengruppen werden Menschenrechte abgesprochen, und die politische Gewalt wird aufgefördert, entsprechend zu verfahren. In der BRD beschäftigt sich die NPD damit, Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus in politische Ziele umzumünzen. Durch die Teilnahme an den Wahlen werden diese Ziele zu legitimen Zielen, die Anerkennung im politischen System genießen. Ohne diese politische Anerkennung und öffentliche Resonanz hätten die Verbrechen des Nazi-Untergrunds keinen Anhaltspunkt. Es handelt sich um politische Verbrechen, die Befriedigung der Täter erwächst aus der politischen Anerkennung. Und Anerkennung nicht nur im abstrakten Sinne, auch logistische Unterstützung, Bereitstellung von Rückzugsmöglichkeiten usw. Aus dieser Konstellation kann man folgern, dass der Naziterror durch ein Verbot der NPD geschwächt würde, allerdings führt die Überlegung auch dazu, dass ein NPD-Verbot politische Ziele delegitimieren würde, die bei weitem nicht nur von der NPD erhoben werden. Die Auseinandersetzung mit den verschiedensten Spielarten von politischer Ausländerfeindlichkeit, die von den Unionsparteien in ihren eigenen Reihen geführt wird, ist ein wichtiger Unterschied zur Situation 2003, der ein Verbotsverfahren denkbar macht.

NPD Verbot und Meinungsfreiheit

Als Grund gegen ein Verbot der NPD wird in verschiedensten Varianten die Tatsache ausgeführt, dass Antisemitismus, Rassismus und dergleichen im gesellschaftlichen Leben entstehen und nur durch pluralistischer Lebenspraxis und darauf aufbauende Kritik gekontert werden können, wozu Freiheit in der Wahl des Lebensstils und Freiheit der Kritik unerlässlich sind. Hier gibt es ein Dilemma. Ein möglicher Ausweg wäre, genauer zu unterscheiden zwischen den Freiheiten, die für die Wahl des Lebensstils bestehen und politischen Zielsetzungen, die letztlich durch das staatliche Gewaltmonopol durchgesetzt werden sollen. Das Parteiverbot etwa der NPD würde nicht darauf hinauslaufen, den Leuten eine Meinung zu verbieten. Es würde lediglich klargestellt, dass diese Meinungen nach der Verfassung der BRD keine Staatsziele werden können.

Worum es praktisch geht

Ein Verbot der NPD würde also die

Meinungsäußerungsfreiheit in der BRD nicht unmittelbar betreffen. Es würde sich dabei darum handeln, eine Reihe von weltanschaulichen Intentionen als politische Intentionen der Gesetzgebung auszuschließen, sie nicht zu den Wahlen zuzulassen. Bei der NPD geht es ganz wesentlich um die Ausländerfeindlichkeit, die mit Drohungen, Belästigungen und Morden verbunden wird, verbrecherische Gewalt ausübt und Staatsverbrechen werden will. Für den Aufbau einer Bedrohungskulisse spielt die Duldung durch den Staat und die Anerkennung in der Öffentlichkeit eine bedeutende Rolle. Ein Beispiel aus Bayern. Zuerst in Nürnberg und 2008 auch in München hat die NPD zu den Kommunalwahlen Tarnlisten unter dem Namen „BIA“ = „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ platziert. Durch die Namensgebung kann bereits die Sammlung der Unterstützungsunterschriften zur amtlich anerkannten, ja geschützten Beleidigung, ja sogar Bedrohung der migrantischen Bevölkerung werden. Möglich war das, weil der Zulassungsausschuss die Auseinandersetzung im Rechtssystem nicht führen mochte, sondern hoffte, die Unterschriftensammlung werde scheitern, dann hoffte, die NPD-Tarnliste werde bei der Wahl scheitern, und schließlich wegen des Aufsehens, Möglichkeiten ausließ, den NPD-Mann politisch und rechtlich zu stellen. Selbst zum heutigen Tage, an dem sich alle Welt hinter den Ohren kratzt und fragt, wie man die Möglichkeit eines ausländerfeindlichen Motivs bei dieser Mordserie einfach übersehen konnte, wird über die Bedeutung jener Namenswahl nicht nachgedacht. Da der Münchner Stadtrat Richter als NPD-Funktionär wirkt und weil das Programm der BIA ist wie es ist, würde ein NPD-Verbot diesen Verein zweifellos mit erledigen und – hoffentlich – ausschließen, dass Parteien, die Drohungen gegen Mitmenschen plakativ im Namen führen, zugelassen werden.

NPD-Verbot bloß Startschuss für eine noch gefährlicher Neugründung?

Wie bekannt genug, haben sich in vielen Ländern Europa Rechtsparteien mit ausländerfeindlichen Zielen gebildet. Würde ein Verbot der NPD nicht geradewegs dazu führen, dass auch in der BRD Platz für eine irgendwie vorsichtiger formulierende Rechtspartei frei würde? Bestrebungen dazu gibt es, seitdem die BRD besteht. Dagegen spricht: In der alten BRD und noch einmal mehr im neuen Deutschland steht eine Partei am rechten Rand in einer Tradition, die völkisches Denken bis zur Konsequenz des Holocaust getrieben hat. Eine rassistische, völkische Partei muss sich zu dieser Tradition verhalten. Sie kann nicht neben der Nazi-Vergangenheit entstehen. Weil

der Übergang von Hasspropaganda gegen Juden, Muslime, Ausländer, Linke, Schwule usw. fließend ist, schlägt jede Verurteilung des historischen deutschen Nazi-Regimes auf die aktuelle Propaganda zurück. Der deutsche Rechtsextremismus kommt aus der Spur Adolf Hitlers nicht heraus, und diese Spur führte ins Verbrechen und in die vollständige Niederlage. Deswegen ist nicht wahrscheinlich, dass ein Verbot der NPD, wenn es wegen deren nationalsozialistischen Inhalten begründet wird, Startschuss für eine Neugründung wäre.

Die wahrscheinlichere Folge wäre, dass dieses Potential in Klärungsprozessen der rechts von der Mitte angesiedelten Parteien aufgearbeitet werden müsste.

Die internationale Konstellation

Die Erfahrung des deutschen Nationalsozialismus ist nicht zuletzt eine internationale Erfahrung. Hitlers Krieg zielte auf die Verwandlung Europas in ein KZ unter Aufsicht eines deutsch-germanischen Herrenvolkes. Die Nachbarn, Staaten und gesellschaftliche Kräfte, achten deswegen ziemlich sorgfältig auf das Weiterleben bzw. Erstarken derartiger politischer Tendenzen. Besonders wirksam ist dabei die internationale geschäftliche Verflechtung der Welt. Eine Konstellation, in der deutsche Industrielle eine Nazi-Bewegung aufpäppeln, würde unerlässliche internationale Geschäftsbeziehungen unerträglich belasten.

Ein Verbot der NPD würde im Ausland deswegen auch weniger als eine Einschränkung der Meinungsfreiheit in Deutschland empfunden, sondern als Minderung eine latent vorhandene Gefahr.

Die Nazi-Option muss außer Verkehr gezogen werden

Wenn sich man zum heutigen Datum einmal fragt, wer und was die Nazis – in Parteien und Institutionen wie im Untergrund – trägt, so sieht man finanzielle Zuwendungen aus den Staatskassen und man sieht bescheidene Wahlerfolge. Man sieht, dass die offizielle Politik – z.B. in der Auseinandersetzung mit dem Islam, in ihrem autoritären Regime der internationalen Migration, in ihrer Verweigerung von Zuflucht – die Gewalttaten, die von den Naziparteien und -banden geübt werden, als Treibsatz ihrer eigenen Ziele benutzt. Ein NPD-Verbot würde den Kurswert dieser Option drücken. Die Einflussagenten, die eine Verschränkung von Behörden und Banden repräsentieren, würden brotlos, und am Ende stünden Fragen nach der Rechtmäßigkeit des Handelns von Amtsleitern und – vielleicht, hoffentlich – eine umfassende Neuregelung dieses Behördenkomplexes.

Martin Fochler

Eindeutiges Votum und nun?

Das Votum der Wählerinnen und Wähler in Baden-Württemberg war eindeutig: knapp 59% sprachen sich am 27. November gegen den Ausstieg des Landes aus dem Projekt Stuttgart 21 (Tieferlegung des Bahnhofs) aus; nur gute 41% wollten einen Abbruch. Die Wahlbeteiligung war mit gut 48% höher als bei mancher Landtagswahl. Damit haben die Gegner des Projekts nicht nur das Quorum nicht erreicht (33% der Wahlberechtigten = 2,54 Millionen Stimmen wären für einen Ausstieg nötig gewesen), was viele erwartet hatten, sondern eine deutliche Mehrheit hat sich für den Bau des bisher mit 4,5 Milliarden Euro veranschlagten Schienenprojektes ausgesprochen.

Auch in Stuttgart selber gab es eine Mehrheit für den Bau, wenn auch knapper als im Landesdurchschnitt (knapp 53% für Weiterbau, gut 47% für den Ausstieg, mit einer enorm hohen Beteiligung von fast 68%).

Eine Mehrheit gegen das Projekt gab es nur in sieben von 44 Stimmbezirken; sie liegen alle in den westlichsten Landesteilen, entlang der Rheintal-Bahnstrecke. Die höchste Zustimmung für das Projekt gab es in den Nachbar-kreisen von Stuttgart und vor allem in Ostwürttemberg.

Eine Aufschlüsselung des Abstimmungsergebnisses nach Alter und Geschlecht war vom Wahlleiter nicht vorgesehen; da den Fernsehanstalten eine Prognose aufgrund der Wählerbefragung zu teuer war, gibt es auch von dort keine Aussagen.

Die Gründe für das Pro oder Kontra sind vermutlich gemischt: eine Umfrage zehn Tage vor der Volksabstimmung (sie hatte ein Ergebnis von 55:45 gegen den Ausstieg ergeben) gaben die Befürworter von Stuttgart 21 als Gründe in der Reihenfolge an: Ausstiegskosten (43%), mehr Arbeitsplätze, bessere Anbindung des Flughafens und Einbeziehung in das Schnellbahnnetz; auch die Aussicht auf ein neues Stadtviertel in Stuttgart war ein wichtiger Grund für die Ablehnung eines Ausstiegs.

Bei den Gegnern von Stuttgart 21 waren es die Befürchtung einer Kostenexplosion (72%) und dann das Argument, für andere Projekte fehle dann das Geld.

Der „ländliche Raum“ hat die Wahl entschieden

Die regionale Verteilung der Stimmergebnisse spricht ebenfalls für die demoskopischen Aussagen. Die höchste Zustimmung zu dem Projekt gab es mit 77% im Alb-Donau-Kreis (Landkreis um die Stadt Ulm), im Landkreis Biberach (75,5%) und dem Stadtkreis Ulm (69,1%), auch die übrigen an Bayern angrenzenden Landkreise kommen weit über 60 Prozent (Heidenheim: 65,6%; Ostalbkreis: 68,1%). Auch die Landkreise der Region Stuttgart (Böblingen, Esslingen, Ludwigsburg, Rems-Murr-Kreis und Göppingen) liegen zwischen fast 62 und 65%.

Diese Ergebnisse lassen sich nicht mit Verschwörungstheorien erklären (das große Geld, öffentlicher Druck der Bürgermeister, CDU-Connection usw.). Sicher ist es der CDU gelungen, in einem erstaunlichen Maße ihre Wählerschaft zu mobilisieren, aber es war ja nicht nur die CDU (die Stadt Ulm hat schon seit Jahrzehnten einen sozialdemokratischen OB und auch andere Wahlkreise sind nicht einfach CDU geprägt). Die Menschen in diesen kleineren Städten oder in den ländlichen Siedlungsgebieten erwarten einen Ausbau der Infrastruktur aus existentiellen Gründen. Sie leben im ländlichen Raum, weil sie dort für ihre Lebensweise bessere Bedingungen sehen (Platz für Kinder, Wohneigentum, Nähe zu unbebauten Gebieten). Sie nehmen dafür aber Nachteile gegenüber der in städtischen Ballungsgebieten lebenden Bevölkerung in Kauf: die Wege zur Arbeit sind zum Beispiel länger. Diese Menschen erwarten von der Politik, dass diese Nachteile in gewissem Umfang ausgeglichen werden: auch in der kleinen Gemeinde soll es ein schnelles Internet geben (was öffentliche Investitionen erfordert, da es sich für die Anbieter nicht rechnet). Sie erwarten Autobahnanschlüsse und einen schnellen und bequemen Schienenverkehr.

Sicher, auch die Gegner von Stuttgart 21 haben das versprochen, aber es war vermutlich nicht glaubwürdig. Zwar mag es viele außerhalb von Stuttgart kalt lassen, ob jetzt der Bahnhof unter oder über der Erde liegt; aber sie sahen das Risiko, dass bei einem Baustopp

erst einmal lange, lange Jahre nichts kommt und die Andeutungen von einer Alternativplanung hätten zum Beispiel in allen östlich von Stuttgart gelegenen Gemeinden enorme Belastungen gebracht (Schnellbahntrasse mitten durch Dörfer und Städte).

Für Ostwürttemberg ist zudem die Lage zwischen den Metropolregionen Stuttgart einerseits und München in Bayern andererseits ein Problem. Es besteht für die Menschen dort die Gefahr, dass sie in den Windschatten der großen Wirtschafts-, Verwaltungs- und Kulturzentren geraten. Von der verbesserten Infrastruktur versprechen sie sich eine Anbindung nach beiden Seiten: künftig in einer halben Stunde von Ulm zum Stuttgarter Flughafen und auch nach Augsburg bzw. München sind die Entfernungen tragbar. Statt dazwischen sieht man sich künftig als dabei.

Bei der Abwägung des Nutzens eines großen Infrastrukturprojekts spielen vermutlich nicht nur die unmittelbaren Interessen der Betroffenen eine Rolle; es wurde auch in Gebieten, die gar nicht direkt an der Bahnstrecke liegen bei hoher Wahlbeteiligung deutlich für das Projekt gestimmt. Wahrscheinlich war für viele Menschen das Argument, dass mit der Neubahnstrecke und dem Bahnhofsneubau die europäische Magistrale Paris–Bratislava ein gutes Stück weiter kommt, bedenkenswert. Die Gegner von Stuttgart 21 haben oft gespottet, wer will schon nach Bratislava, aber der Gedanke, dass die verschiedenen Regionen Europas miteinander enger verknüpft werden sollen, hat eine breite Sympathie. Das ist ein Gesichtspunkt, den man sich merken sollte, wenn es um das Thema solidarische und partnerschaftliche Raumplanung geht.

Auch in der Stadt Stuttgart ist das Gefälle von Zentrum und Peripherie festzustellen: in drei der vier innerstädtischen Bezirke gab es eine knappe Mehrheit für den Ausstieg (interessanterweise nicht im Stadtbezirk Nord, wo mit dem Killesberg die sprichwörtliche Halbhöhenlage liegt, in denen gut bis sehr gut verdienende Stuttgarter wohnen und was in der Boulevardpresse von „Stern“ bis „Spiegel“ eine Zeitlang zum Widerstandsnest stilisiert wurde).

Volksabstimmung über das Kündigungsgesetz S 21 am 27. November 2011				Landtagswahl am 27. März 2011 Stimmberechtigt: 7 622 873, Wähler: 5 051 941 (66,3%)				
Stimmberechtigt	Wähler	Ja (gegen S21)	Nein (für S21)	CDU	Grüne	SPD	FDP	Linke
7 622 860	3 682 861 48,3%	1 509 264 41,2%	2 157 931 58,8%	1 943 912 39,0%	1 206 182 24,2%	1 152 594 23,1%	262 784 5,3%	139 700 2,8%

In allen anderen Stadtbezirken gab es eine zum Teil deutliche Mehrheit gegen den Ausstieg. Über die Gründe kann man mutmaßen: Neben der politischen Präferenz für Grün in der Innenstadt, dürfte die Betroffenheit eine Rolle gespielt haben: wer auf den öffentlichen Nahverkehr angewiesen ist, weiß eine Modernisierung zu schätzen; wer neben den Baugruben wohnt, befürchtet jahrelange Nachteile.

Die CDU und das mit ihr verbundene bürgerliche Lager (häufig in Freien Wählergemeinschaften organisiert) konnte im ländlichen Raum vermutlich ein weiteres Motiv zum Klingen bringen: Die Verlässlichkeit der öffentlichen Hand. Die Kündigung der Finanzierungsvereinbarung zu Stuttgart 21 hätte eine Aufkündigung eines bestehenden Vertrages bedeutet, ohne eine juristisch überzeugende Begründung. Im vom kleineren und mittleren Gewerbe geprägten ländlichen Siedlungsraum spielen öffentliche Aufträge eine wichtige Rolle für Handwerks- und Kleinbetriebe. Die Kampagnen aller baden-württembergischen Industrie- und Handwerkskammern für Stuttgart 21 und die Einhaltung der geschlossenen Verträge stieß daher auf sehr große Zustimmung.

Schließlich hat die CDU auch noch die Kurve in Richtung direkte Demokratie gekriegt. Die Landtagsfraktion der Union hatte zunächst erwogen, gegen die Volksabstimmung vor dem Landesverfassungsgericht zu klagen (mit vermutlich nicht einmal schlechten Aussichten). Sie hat aber ebenso wie die FDP darauf verzichtet mit dem Argument, es ist besser die Bürgerinnen und Bürger entscheiden über das Projekt als die Gerichte, ansonsten wird immer die Behauptung bleiben, eigentlich hätten die Bahnhofs-Gegner die Mehrheit usw. – ein gewisses Risiko, das sich aber für die Bürgerlichen ausgezahlt hat.

Kretschmann gestärkt, aber die Grünen?

Auch der grüne Ministerpräsident Kretschmann hat dadurch, dass er die Abstimmung zu einer Frage der direkten Demokratie erklärt hat, an öffentlichem Ansehen eher gewonnen, so jedenfalls nahezu übereinstimmend die Presse in Baden-Württemberg. Die SPD dagegen, obwohl von ihr die Idee der Volksabstimmung stammt und in den Koalitionsvertrag eingebracht wurde, kann nicht so recht profitieren. Die SPD war die einzige Partei im Land, die keine Stellungnahme für Ja oder Nein bei der Abstimmung beschlossen hat. Sie nahm auch an keinem der Aktionsbündnisse teil, im Gegensatz zu den Grünen, die die Kampagne der Gegner im Wesentlichen trugen und finanzierten, aber auch im Gegensatz zu CDU und FDP, die sich in der Kampagne für Stuttgart 21 engagierten, auch finan-



Heller: die 7 Wahlkreise, in denen Stuttgart 21 abgelehnt wurde, dunkler: die Wahlkreise, in denen Stuttgart 21 befürwortet wurde, ganz dunkel mit Zustimmungen von 63 bis 77%.

ziell. Auch wenn bei der Abstimmung die Bürger direkt entscheiden, geht es nicht ohne die Parteien, die nicht nur einen technischen Apparat zur Verfügung stellen, sondern vor allem einen Apparat, der Argumente liefert und Diskussionen organisiert. Die SPD war in diesem Prozess nicht vorhanden.

Die scheinbar geschlossene Gegnerschaft der Grünen erweist sich im Nachhinein als doch recht heterogen. Winfried Kretschmann, der Ministerpräsident, hatte früh die Gefahr gesehen, die in einer fundamentalistisch begründeten Ablehnung steckt. Er hat die Frage, ob der Bahnhof unten oder oben gebaut wird, als Thema behandelt, bei dem man so oder so entscheiden kann, bei dem es Argumente dafür und dagegen gibt und daher am Ende die Mehrheit entscheidet.

Im Übrigen hatte auch das bürgerliche Lager gemerkt, dass eine Argumentation für das Projekt als „alternativlos“ nicht überzeugend ist und schwenkte um auf „die besseren Argumente“.

Ansonsten tut sich die grüne Partei bislang noch schwer, das Ergebnis zu verarbeiten. Rückwärts betrachtet stört das Ergebnis die Behauptung, dass der Volkswille zum Thema Stuttgart 21 die CDU um die Macht gebracht hat. Nach vorne betrachtet ist die Hoffnung des Tübinger Oberbürgermeisters Boris Palmer zerstört, dass er als glänzender Sieger bei Stuttgart 21 im Jahr 2012 bei den Oberbürgermeisterwahlen in Stuttgart OB Wolfgang Schuster von der CDU ablösen kann – weder in Stuttgart noch im Landkreis Tübingen gab es eine Mehrheit gegen das Projekt. Dabei geht es um Chancenzuteilungen bei der Ausübung von Macht, auch hier zählt die demokratische Entscheidung. Und wie die CDU erleben musste, ist das immer eine Zuteilung auf Zeit, auch wenn man sie eine gefühlte Ewigkeit innehatte. Für die Grünen ist das Ergebnis der Volksabstimmung in diesem Sinne eine Mahnung.

Bei Teilen der Grünen wird das aber schwer ankommen. Für sie wie auch andere im Aktionsbündnis gegen Stutt-

gart 21 begründete die Gegnerschaft in der Überzeugung, zum Widerstand berechtigt zu sein, auch wenn man in der Minderheit ist und bleibt. Das hat nicht mit der üblichen Entwicklung zu tun, dass es zunächst nur wenige sind, die die Argumente der Machthabenden anzweifeln, dem eigene Argumente entgegensetzen und dann versuchen Zug um Zug eine Mehrheit in der Gesellschaft gewinnen, die sich letztlich in Wahlen und Abstimmungen niederschlägt.

Auch dass die Gegnerschaft weltanschaulich, in diesem Fall ökologisch, begründet wird, ist für ein unbeirrtes Festhalten nicht der eigentliche Grund, jede gesellschaftliche Auseinandersetzung spielt vor dem Hintergrund der Akteure und ist somit weltanschaulich eingefärbt.

Es ist eher eine Art Glauben („Hier stehe ich, und kann nicht anders“). Typisch sind dafür Sätze wie „der Tiefbahnhof ist ein Verbrechen“, was keine argumentative Übertreibung ist, sondern ernsthaft geglaubt wird. Dieser Teil der Gegner sieht sich als Widerstand. Das Fällen von Bäumen, dass vielleicht die Mineralquellen schwächer sprudeln oder verschmutzen, das Verändern eines historischen Gebäudes werden als eine Verletzung von unveräußerlichen Rechten betrachtet, eine Mehrheitsentscheidung kann da nicht akzeptiert werden. Der weltanschauliche Hintergrund für diese Art von Gegnerschaft ist die Anthroposophie, eine Religion in der die belebte und unbelebte Natur beseelt sind. (Näheres zur Anthroposophie Rudolf Steiners, wie sie insbesondere über die Waldorfschulen verbreitet wird, siehe Politische Berichte 6/2011). Der ökofundamentalistische Teil der Grünen in Baden-Württemberg ist eng mit dieser Weltanschauung/Religion verflochten.

Wie die grüne Partei auf Dauer den Spagat zwischen Ökofundamentalismus und Akzeptanz demokratischer Abstimmungen aushält? Am Ende will es die Ironie der Geschichte, dass der grüne Ministerpräsident von Baden-Württemberg nicht nur Stuttgart 21 bauen lässt, sondern auch noch ein Endlager für Kernbrennstäbe am Bodensee durchsetzen muss.

Wie geht es weiter?

Die grün-rote Landesregierung hat ihre Sprechweise gefunden: kritisch-konstruktive Projektförderung, der Verkehrsminister Herrmann wird statt Speerspitze des Widerstands Partner der Deutschen Bahn AG.

Beim Aktionsbündnis dauern die Beratungen noch an, Tendenzen sind aber erkennbar. Die Vorsitzende des BUND Baden-Württemberg Brigitte Dahlbender, Sprecherin des Aktionsbündnisses, hat sich von ihrem Amt verabschiedet; schließlich gibt es noch mehr



Noch einmal konnte die Anti-Atom-Bewegung Zehntausende mobilisieren, die den Transport von abgebrannten Kernbrennstoffen in sogenannten Castor-Behältern nach dem niedersächsischen Gorleben behinderten. Die Bewegung, unterstützt von den Grünen, strebt an „ein Zurück auf Null bei der Endlagerung und eine breite gesellschaftliche Atommülldebatte“. Auch die Aussagen des Bundesumweltministers Norbert Röttgen (CDU), noch einmal auch andere Standorte prüfen zu lassen, hat die Bewegung nicht beruhigt. „Angesichts der Fakten, die gegen Gorleben sprechen, müsse dort ein Schlussstrich gezogen werden, um einer nationalen Atommülldebatte überhaupt eine Chance zu geben“, so heißt es in einer Pressemitteilung der Bürgerinitiativen.

Man darf gespannt sein, wie die Grünen reagieren, wenn mehrere Standorte zur Auswahl stehen, zum Beispiel wie vom grünen Ministerpräsidenten Kretschmann angeboten auch in Baden-Württemberg.

Orte, wo Feuchtbiotope zu schützen sind; auf den Juchtenkäfer im Stuttgarter Schlossgarten will sie weiterhin ein Auge haben. Gangolf Stocker, Begründer der Initiative gegen Stuttgart 21, hatte sich bereits vor einiger Zeit von der aktiven Rolle verabschiedet. Klaus Arnoldi vom Verkehrsclub Deutschland, der Erfinder des Konzepts „Kopfbahnhof 21“, erklärt, „wir werden aber nicht mehr gegen das Projekt angehen oder die bessere Variante Kopfbahnhof vertreten“. Hannes Rockenbach, SÖS-Stadtrat und zweiter Sprecher, will ebenso wie die sogenannten Parkschützer abwarten, ob es beim Fortgang der Bauarbeiten, dem Abriss des Südfügels und dem Umpflanzen/Fällen von Bäumen noch einmal gelingt, viele Menschen zu mobilisieren. Die Grünen Stuttgart wollen abwarten, wie sich die anderen entscheiden, der Kreisvorsitzende stellt aber klar, „eine Fundamentalopposition gegen die Landesregierung können wir nicht mittragen“. Die Linkspartei Baden-Württemberg, ebenfalls im Aktionsbündnis, erklärte in einer ersten Stellungnahme, sie sei weiterhin gegen Stuttgart 21, alle im Bündnis sollten zusammenbleiben und ansonsten müsse man sich „neu aufstellen“.

Das wird nicht weit führen. Wenn

sich die Partei als Verfechterin von Emanzipationsinteressen einbringen will, muss sie die Vorstellungen zum Thema direkte Demokratie weiterentwickeln. Das ist gerade dann nötig, wenn man eine Abstimmung „verloren“ hat.

Und was weder in der Sache noch bei den Wählerstimmen positive Ergebnisse bringt, wenn Infrastrukturprojekte nur deshalb abgelehnt werden, weil sie von den „anderen“ stammen, ohne eigene Vorstellungen zur Entwicklung von Stadt, ländlichem Raum, Region und Umland. Das lässt sich rasch korrigieren: in Stuttgart steht die Gestaltung des neuen Stadtviertels auf dem Stuttgart 21-Gelände an. Die Stadtverwaltung bietet an, dass nicht nur der Gemeinderat darüber entscheiden soll, sondern eine breite bürgerschaftlichen Beteiligung die Planung diskutieren und beeinflussen soll. Im Parlament der Region Stuttgart wird die bevorstehende geänderte Infrastruktur vor allem beim Verkehr ebenfalls Anstrengungen erfordern.

Die besondere Rolle der Linken: die sozialen Interessen in die Planung einbringen, das tut sonst niemand, aber wenn es die Linke tut, hat sie durchaus Chancen, dass diese Interessen berücksichtigt werden.

Alfred Küstler

Kanada: Verletzungen von Gewerkschaftsrechten

Das Management der drei Accor-Hotels in Kanada – Novotel Mississauga, Novotel Ottawa und Novotel North York – geht weiterhin gegen Gewerkschaftsmitglieder und -anhänger/-innen mit Disziplinarmaßnahmen und Entlassungen vor. Trotz des heftigen Widerstands der Hotelleitungen sind die Beschäftigten der Hotels entschlossen, Anerkennung und Verhandlungsrechte zu erlangen, und werden dabei von Unite Here unterstützt.

Die Hotels gehören der in Frankreich ansässigen Accor-Gruppe, die neben Novotel u.a. Eigentümerin der Marken Sofitel, Mercure, Ibis und All Seasons ist.

In den Jahren 2009-2010 bekundeten die Beschäftigten des Novotel Mississauga, des Novotel Ottawa und des Novotel North York mehrheitlich ihre starke Unterstützung für eine gewerkschaftliche Vertretung durch die Unterzeichnung von Gewerkschaftskarten, die Vertretung wurde jedoch durch eine gemeinsame Kampagne der Hotelleitungen vereitelt mit dem Ziel, die Beschäftigten dazu zu zwingen, mit Nein zu stimmen. Es wurden Beratungsfirmen in Sachen Gewerkschaftszerschlagung eingeschaltet, es wurden Zwangsversammlungen veranstaltet und, um es ganz klar zu machen, wurden aktive Gewerkschaftsanhänger/-innen entlassen, gemäßregelt und durch verkürzte Schichten und andere Formen der Diskriminierung bestraft. Angesichts dieser Attacken beschlossen die Gewerkschaftsanhänger/-innen im Novotel North York, ein Zeichen der Nichteinmischung seitens der Hotelleitung abzuwarten, bevor sie das Zertifizierungsverfahren auf den Weg brachten. Sie warten noch immer.

Unite Here hat Dutzende von Klagen wegen Verletzungen der arbeitsrechtlichen Vorschriften eingereicht, die Verfahren werden aber endlos hinausgezögert. Im Oktober 2010 reichte die IUL eine Beschwerde bei der französischen nationalen Kontaktstelle für die OECD-Leitlinien ein, in der grobe Verletzungen der Bestimmungen der Leitlinien über gewerkschaftliche Rechte behauptet wurden. Auch hier warten die Beschäftigten noch immer, da das Verfahren im Schnecken-tempo voranschreitet.

Die Beschäftigten bekundeten erneut ihr anhaltendes Bekenntnis zu der Gewerkschaft durch eine unabhängige Bestätigung Anfang dieses Jahres, indem sie neue Mitgliedskarten unterzeichneten. Am 20. September bestätigte die örtliche gewählte Stadträtin Maria Augiameri, dass die

Gewerkschaft nach wie vor über eine starke mehrheitliche Unterstützung in den drei Hotels verfügt.

Wie hat Accor darauf reagiert?

Am 7. Oktober wurde einer der führenden Gewerkschaftsaktivisten im Novotel Mississauga, Ignacio Dadap, wegen der Verteilung einer Broschüre an seine Kollegen und Kolleginnen bestraft, in der die Ergebnisse der Bestätigung der mehrheitlichen gewerkschaftlichen Unterstützung durch Augiameri bekanntgegeben wurden!

Als die Ergebnisse der unabhängigen Vertretungsüberprüfung am 20. September bekanntgegeben wurden,

erklärte Esperance Umwizanine, Zimmermädchen im Novotel Ottawa und Mitglied des Gewerkschaftsausschusses: „Wir haben in diesem Jahrwiederneue Karten unterzeichnet, um Novotel zu zeigen,

dass wir nicht aufgeben werden, bis wir unsere Gewerkschaft haben. Anscheinend will uns Accor Angst einjagen, damit wir aufgeben. Einige von uns sind entlassen worden. Ich habe letzte Woche eine letzte Warnung erhalten. Aber egal, was das Unternehmen anstellt, wir werden nicht aufgeben, bis wir unsere Gewerkschaft haben.“

Drei der aktivsten Gewerkschaftsführer im Novotel Ottawa wurden am gleichen Tag suspendiert.

Phillipe Polquin, ein Kellner im Restaurant, wurde am 23. September und dann wieder am 13. Oktober wegen „Werbens“ für die Gewerkschaft disziplinarisch bestraft und am 14. Oktober suspendiert. Luc Renaud, ein Instandhaltungsarbeiter, der während der nahezu 23 Jahre, in denen er dort beschäftigt war, nie eine Disziplinarstrafe erhalten hatte, wurde in zwei Monaten viermal gemäßigelt, weil er öffentlich seine Unterstützung für die Gewerkschaft bekundet hatte, und am 14. Oktober suspendiert. Esperance Umwizanine wurde am 14. Oktober suspendiert und am 19. Oktober entlassen.

In der letzten Klageeinreichung von Unite Here bei der Behörde für Arbeitsbeziehungen von Ontario wird „die Entscheidung, bekannte gewerkschaftliche Organisierer und an der Organising-Kampagne beteiligte Personen gleichzeitig in Ottawa, North York und Mississauga zu attackieren“, als Beweis „einer abgestimmten, willkürlichen und ungesetzlichen Kampagne“ zur Vereitelung der gewerkschaftlichen Organisation in der Provinz gebrandmarkt.

Edith Bergmann

Quelle: <http://cms.iuf.org> 15.11.2011



Spanien: Streik der Zitrus-Pflücker geplant

Nachdem die letzte Verhandlungsrunde zwischen den Gewerkschaften und Unternehmen ergebnislos verlaufen ist, haben die Gewerkschaften FITAG-UGT-PV und Federación Agroalimentaria de CCOO-PV ab dem 28. November einen unbefristeten Generalstreik der valencianischen Zitrus-Pflücker beschlossen. Grund des Konfliktes ist, dass ihre Tarifverträge nicht erneuert worden sind und die Unternehmen nach Ansicht der Gewerkschaften zu viele Arbeiter über Zeitarbeitsagenturen anwerben, die mit einem geringeren Lohn zufrieden sind. Dies wird von Unternehmerseite bestritten und gleichzeitig darauf hingewiesen, dass dieser Vorgang absolut legal sei.

Quelle: www.fruchthandel.de 18.11.2011

Frankreich: Solidarität mit Redakteuren

Die deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in Verdi hat den Kolleginnen und Kollegen des französischen „France Soir“ im Abwehrkampf gegen die angekündigte Umwandlung der Zeitung in ein reines Online-Magazin und gegen massiven Stellenabbau ihre Solidarität versichert. Die dju erklärt: „Ihr wehrt Euch vollkommen zu Recht gegen eine fortschreitende Zerstörung unserer europäischen Medienlandschaft, die mit der Zerstörung von Arbeitsplätzen einhergeht. Für diesen Abwehrkampf wünschen wir Euch Erfolg, Kraft und Durchhaltevermögen.“

Quelle: Verdi Public, November 2011

Großbritannien: Streikdrohung gegen Rentenreform

Nachdem die Regierung auf den Streikaufruf der Gewerkschaften gegen die Rentenpläne mit einem neuen Angebot aufgewartet hat, ruft das landesweite Netzwerk der Shop Stewards nun erst recht zum Streik auf – das neue Angebot sei zwar nicht viel wert, aber eben ein Zeichen der Schwäche wird in einem Aufruf vom 3. November 2011 unterstrichen. Die Mitglieder der Gewerkschaft Unison stimmten am 3.11. mehrheitlich für einen landesweiten 24-stündigen Streik am 30. November, um den Druck auf Premierminister David Cameron zu erhöhen. Von den stimmberechtigten Mitgliedern stimmten 245.358 für den Streik, 70.253 dagegen, darunter Krankenschwestern, Lehreranwärter, Sozialarbeiter, Sicherheitskräfte, Sanitäter, Polizeibeamteten, Gefängniswärter, Reinigungskräfte. Unison vertritt über eine Million Arbeitnehmer. Nach Angaben der Gewerkschaft ist die Streikkasse von Unison ausreichend gefüllt für einen langen Streik.

Auch andere britische Gewerkschaften lassen derzeit ihre Mitglieder über Streikmaßnahmen abstimmen. Großbritannien droht damit der größte Arbeitskampf seit Jahrzehnten. Die Regierung beharrt auf der Rentenreform und begründet dies mit der längeren Lebenszeit der Menschen. Die Gewerkschaften kritisieren, dass der Umbau von den Arbeitnehmern bezahlt werden müsse, durch erhöhte Einzahlungen für niedrigere Renten und längere Arbeitszeiten.

Quellen: labournet 15.11.2011, <http://www.wiwo.de>, National Shop Stewards Network

Türkei: Fabrikbesetzung in der Lederindustrie

Savranoglu Leather und Kampana Leather sind zwei Fabriken des gleichen Unternehmens. Savranoglus Standort ist in Izmir, während sich Kampana in Istanbul befindet. Schon seit über sechs Monaten kämpft die Gewerkschaft Deri-Is gegen die antigewerk-



schaftliche Einstellung des Arbeitgebers. Die Gewerkschaft organisiert die Kampana Fabrik – und im Mai 2011 hat der Arbeitgeber 16 Beschäftigte entlassen. Daraufhin haben die Beschäftigten einen Streik organisiert, der nun schon seit 220 Tagen andauert. Der Arbeitgeber hat daraufhin die Produktion nach Izmir verlegt, aber die Gewerkschaft ist für Beschäftigte in drei verschiedenen Unternehmen tätig, die in der gleichen Fabrik arbeiten. Der Arbeitgeber entließ drei Beschäftigte und auch dort begann ein Streik.

Daraufhin entschied sich der Arbeitgeber, die Fabrik in Izmir zu schließen und rief die Angestellten dazu auf, nach Istanbul zu kommen. Es wurde angenommen, dass diese ihre Familien nicht verlassen würden. Aber um ihren Zusammenhalt zu demonstrieren, nahmen 38 Beschäftigte das Angebot an und gingen am 3. Oktober nach Istanbul. Der Arbeitgeber weigerte sich, ihnen einen Tag frei zu geben, damit sie sich Wohnungen suchen können. Die Beschäftigten verbrachten die Nacht daraufhin in der Fabrik. Der Arbeitgeber behauptete dann, es handle sich hier um eine Besetzung und versuchte, die Polizei einzuschalten. Diese schritt aber nicht ein, da es sonst zu einem Generalstreik in der Gegend kommen würde. Am 13. Oktober entließ

der Arbeitgeber 36 Beschäftigte ohne Ausgleichszahlung auf der Grundlage der Behauptung, sie hätten die Fabrik in Istanbul besetzt. Er versuchte außerdem, die Fabrik in Izmir unter neuem Namen wieder zu eröffnen. Die Beschäftigten kehrten nach Izmir zurück, setzen dort ihren Widerstand fort und hindern das „neue Unternehmen“ an der Produktion. Zusätzlich leiden die Beschäftigten an Gesundheitsbeschwerden, die auf den Gebrauch von Chemikalien bei der Lederproduktion zurückzuführen sind. Es gab keine Sicherheits- oder Gesundheitsvorkehrungen. Die Arbeitszeit geht bis 2 oder 3 Uhr am Morgen. Sie verdienen den Mindestlohn von 220 Euro im Monat. Der Arbeitgeber vergiftet die Umwelt, indem er Chemieabfälle in den Grund sichern lässt.

Quelle: <http://www.labourstart.org>, 5.11.2011

Indonesien: Bergarbeiterstreik unter Polizeidrohung

Seit Mitte September befinden sich rund 8 000 Bergarbeiter der Grasberg Mine auf Papua im Streik um Lohnerhöhung. Die Mine gehört dem US-Unternehmen Freeport, gemeinsam mit Rio Tinto. In der letzten Woche hatte die örtliche Polizei die Streikenden aufgefordert, öffentliche Versammlungen zu unterlassen, sonst würden sie zwangsweise aufgelöst. Diese Mitteilung wurde allerdings von Presseberichten begleitet, die einige Aufmerksamkeit im ganzen Land hervorriefen. Freeport hatte der Polizei auf Papua kurz vorher eine größere Spende gemacht. Sowohl der indonesische Gewerkschaftsbund als auch die internationale Gewerkschaftsbewegung zeigen sich solidarisch mit den Streikenden.

Quelle: labournet 4.11.2011

China: Streik bei Zulieferer von Apple und IBM

In China haben rund tausend Arbeiter eines Lieferanten der US-Technologiefirmen Apple und IBM gegen ihre Arbeitsbedingungen protestiert. Die Beschäftigten in der südlichen Provinz Guangdong stellen Tastaturen her. Sie protestierten laut der in New York ansässigen Arbeitsrechtsorganisation China Labour Watch unter anderem gegen angeordnete Überstunden: Die normale Arbeitszeit dauert den Angaben zufolge von 7 bis 18 Uhr mit einer Mittagspause. Zusätzlich seien die Beschäftigten aber gezwungen worden, von 18 bis 24 Uhr und teils sogar bis 2 Uhr zu arbeiten. Zudem habe sich der Protest der Arbeiter gegen die Entlassung älterer Arbeitnehmer sowie gegen Beleidigungen durch Vorgesetzte gerichtet. Die Leitung des Werks von Jingmo Electronics, das zum taiwanesischen Konzern Jingyuan Computer gehört, sagte den Angaben zufolge

mittlerweile Verbesserungen bei den Überstunden zu.

Quelle: <http://orf.at>, 24.11.2011

Tausende Arbeiter in Schuhfabrik im Streik

Laut der Organisation China Labor Watch sind aus Protest gegen Kündigungen und Lohnkürzungen tausende Arbeiter einer Fabrik im Süden Chinas in einen Streik getreten. Dutzende Menschen wurden verletzt, als die Polizei versuchte, die Blockade der Fabrik und einer Straße in der Nähe der Stadt Dongguan in der Provinz Guangdong zu brechen. An dem Streik in der Fabrik, die unter anderem Schuhe für Nike und Adidas herstellt, beteiligten sich mehr als 7000 Menschen. Der Protest richtete sich gegen die Streichung von Bonuszahlungen und ein Verbot von Überstunden und wurde angeheizt von den Kündigungen von 18 Managern. China Labor Watch zufolge sehen die Arbeiter die Entlassung von Führungspersonal als Vorbereitung für die Verlegung ihrer Fabrik. Einer der gekündigten Manager sagte der Zeitung „China Business News“, seine Entlassung sei Teil eines Plans, die Produktion in die nördliche Provinz Jiangxi zu verlegen. Besonders hart trifft die Arbeiter das Verbot von Überstunden. „Unser monatliches Grundgehalt beträgt nur 1.100 Yuan (128 Euro) und wir verdienen unser Taschengeld mit Überstunden“, sagte eine Arbeiterin der „Yangcheng Evening News“. Laut dem Bericht forderten die Behörden die Manager auf, die Streichung der Überstunden wieder aufzuheben.

Quelle: labournet – www.nzz.ch 19.11.2011

Guatemala: Erneut Mord an Mitglied der Gewerkschaft

Mitglieder und Vorstände der Gewerkschaft der Bananenarbeiter in Izabal (Sitrabi) in Guatemala sind seit vielen Jahren Opfer von Drohungen, Repression und Morden. Diese Kette schrecklicher Verbrechen scheint nicht abzureißen. Das jüngste Opfer ist Pablino Yaque Cervantes. Er wurde am 16. Oktober 2011 in dem Ort Morales, Department Izabal, erschossen, als vierter im Jahr 2011 ermordeter Sitrabi-Gewerkschafter.

Das Bananen- und Agrarfrüchte Aktions Netzwerk Euroban schickte Protestbriefe an Guatemalas Präsidenten Colom, an die Generalstaatsanwältin Claudia Paz y Paz Bailey und den Menschenrechtsbeauftragten Sergio Fernando Morales Alvarado. Darin werden sie aufgefordert, das Verfassungsrecht auf Leben für alle Bürger/innen und besonders für die Gewerkschaftsmitglieder in der Bananenwirtschaft durchzusetzen.

<http://www.makefruitfair.de>, 27.10.2011

Darmstädter Signal kritisiert Strukturreform

KÖNIGSWINTER. Die im Arbeitskreis Darmstädter Signal zusammenge-schlossenen aktiven und ehemaligen Angehörigen der Bundeswehr stellten auf ihrer 84. Arbeitstagung vom 28. bis 30. Oktober 2011 in Königswinter zur Bundeswehrreformfest: 1. Der Minister plant die Umwandlung der Streitkräfte weg von der Verteidigungsarmee hin zu einer globalen Interventionstruppe. Die Bundeswehr soll gleichzeitig zu zwei weltweiten Kampfeinsätzen und einem maritimen Einsatz befähigt werden. Durch Hochtechnologie soll eine offensive Kriegführung ermöglicht werden (Drohnen u.ä.). Billigend wird in Kauf genommen, dass es bei Interventionen stets viele, vor allem zivile Opfer gibt. Durch kriegsrische Interventionen wird die Sicherheit Deutschlands eher gefährdet, als Entspannung, Versöhnung und dauerhafter Friede gewährleistet. 2. Die Menschen in den Streitkräften spielen in der Reform nur eine untergeordnete Rolle. Verfahren und Ziel der Reform entsprechen nicht dem Geist der „Inneren Führung“. In beteiligungspflichtige Entscheidungen werden die Personalräte nicht gesetzeskonform einbezogen und die Chancen zur Abstellung bekannter Ausstattungs- und Ausrüstungsmängel (z.B. dringend erforderliche Rettungshubschrauber) werden vertan. Die Neuausrichtung der Bundeswehr folgt nicht dem Friedensgebot des Grundgesetzes!

www.darmstaedter-signal.de



Protestbündnis gegen Petersberg II

BONN. Die Antikriegs- und Friedensbewegung ruft zu gemeinsamen und vielfältigen Aktivitäten in Bonn auf. Unter dem Motto „Sie reden von Frieden, Sie führen Krieg – Truppen raus aus Afghanistan!“ werden am 3. und am 4.

Dezember 2011 eine bundesweite Demonstration sowie eine internationale Konferenz stattfinden. Diese sollen ein kraftvolles Zeichen gegen die menschenfeindliche Politik des Krieges setzen. Des Weiteren sind verschiedene Protestaktionen für den 5. Dezember geplant, dem Tag der internationalen Afghanistan Regierungskonferenz.

www.afghanistanprotest.de

Einen Präventivschlag gegen den Iran verhindern

BERLIN. In großer Sorge um den Frieden in der Region Nahmittelost appelliert die ärztliche Friedensorganisation IPPNW an die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik Catherine Ashton, umfangreiche diplomatische Offensiven mit dem Iran zu starten. Aktueller Anlass ist die geplante Resolution des Gouverneursrats und der massive Druck, den die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) auf den Iran ausübt. Per Email soll die außenpolitische EU-Repräsentantin aufgefordert werden, unter Einbindung der USA, Russland, Chinas und der Arabischen Liga in der Region aktiv zu werden, um einen Präventivschlag gegen Irans Atomanlagen zu verhindern. Die IPPNW bittet Ashton zudem die Verhandlungen für einen massenvernichtungswaffenfreien Nahen und Mittleren Osten zu unterstützen, die alle Atomwaffen in der Region, inklusive der Israels, mit einbeziehen. Ein kommendes System der umfassenden grenzüberschreitenden Kooperation und Zusammenarbeit der Staaten der Großregion müsse den Staaten und Menschen jene Sicherheit vermitteln, die jetzt offensichtlich fehle. www.ippnw.de

VENRO kritisiert „Niebels Alleingang“

BERLIN. Unter dem Titel „Chancen schaffen – Zukunft entwickeln“ veröffentlichte Entwicklungsminister Dirk Niebel Anfang August 2011 sein zukünftiges Konzept für Entwicklungspolitik. Gleichzeitig kündigte er an, den Dialog mit weiteren Akteuren der Entwicklungszusammenarbeit zu suchen. Der Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) hat das Konzept analysiert und seine Kritikpunkte in dem Positionspapier „Niebels Alleingang“ veröffentlicht. Ein Kritikpunkt von VENRO ist, dass Niebel in dem Papier zwar einen Anspruch auf Innovation erhebt, „doch es werden wenig überzeugende Antworten gegeben, wie Entwicklung zukünftig aussehen soll“. Stattdessen wird auf alte Formeln der 50er Jahre zurückgegriffen, die vor allem auf Wirtschaftswachstum setzen. Wichtige entwicklungspolitische Themen, wie die ländliche Entwick-

lung würden in dem Papier völlig ausgeklammert. Es gehe vor allem um die Förderung von Eliten in den Entwicklungsländern. Die Ärmsten der Armen kommen als Zielgruppe erst gar nicht in den Blick. Auch das Verfahren stößt bei VENRO auf Kritik. Vor der Veröffentlichung und Übersetzung des Papieres in vier Sprachen wurden keine weiteren Organisationen konsultiert „Ein solches Verfahren ist ungewöhnlich und bricht mit der Gepflogenheit, wichtige konzeptionelle Weichenstellungen mit relevanten Akteuren zu diskutieren“, so der Verband. www.venro.org

18 000 fordern „Banken in die Schranken“

BERLIN/FRANKFURT A.M. Insgesamt 18 000 Menschen haben am Samstag, den 12. November das Berliner Regierungsviertel und das Bankenzentrum in Frankfurt am Main umzingelt. Um kurz nach 14 Uhr waren die Menschenketten in beiden Städten gleichzeitig geschlossen – in Berlin mit 8 000 TeilnehmerInnen, in Frankfurt beteiligten sich 10 000 Menschen. Das Aktionsbündnis „Banken in die Schranken“ fordert von der Politik, Großbanken zu zerlegen und demokratischer Kontrolle zu unterwerfen, riskante und hoch spekulative Finanzinstrumente zu verbieten sowie die Profiteure der bisherigen Rettungsschirme endlich angemessen an den Krisenkosten zu beteiligen – unter anderem durch eine europaweite Vermögens- und eine Finanztransaktionssteuer. www.attac.de/

Demonstration gegen Nachtflugverbot

BERLIN. Am 19.11.2011 zogen über 10 000 Leute vom Potsdamer Platz zum Kanzleramt, um für ein Nachtflugverbot von 22 bis 6 und gegen rücksichtslose Flugroutenplanungen zu demonstrieren. Sie wurden unterstützt von zahlreichen Gästen aus dem Rhein-Main-Gebiet. Der Sprecher des Bündnisses, Berthold Fuld, sprach ein Grußwort. Bemerkenswert: Die Abschlusskundgebung fand innerhalb der Bannmeile statt – auf Veranlassung der Sicherheitsbehörden, die seit Duisburg bei derartigen Großveranstaltungen Angst vor Massenpanik haben. www.flughafen-bi.de

Kalk hat dichtgemacht! Pro kam nicht zum AZ durch!

KÖLN. Das war wieder einmal eine Blamage für Pro Köln: Größenwahnsinnig wie eh und je hatte man eine „Bürgerdemo“ bis zum AZ angekündigt. Stattdessen steckte ein kleines Häuflein Ewiggestriger stundenlang auf der Kalker Hauptstraße fest, drehte eine kleine Runde um den Block und fuhr



dann wieder nach Hause. Doch der Reihe nach: Bereits ab 9 Uhr morgens fanden sich die ersten DemonstrantInnen an Kalk-Kapelle ein. Dort fand eine Kundgebung des „Bündnis gegen Pro Köln“ statt. Es gab Redebeiträge verschiedener Bündnispartner, wie AKKU und Kein Mensch Ist Illegal ... Zahlreiche DemonstrantInnen sammelten sich vor den Köln-Arcaden und protestierten gegen Pro Köln. Diese waren wie immer mit etwa 50 Menschen vertreten, darunter vor allem die üblichen Verdächtigen wie Markus Wiener, Jörg Uckermann und Markus Beisicht, aber auch Andreas Molau, ehemaliger NPD-Funktionär. Doch weiter als Kalk-Post kamen die braunen Damen und Herren zunächst nicht. Hunderte von Menschen verschiedenster Spektren hatten die Kalker Hauptstraße blockiert ... Auch das Bündnis gegen Pro Köln war mehr als zufrieden: „Die Kalkerinnen und Kalker haben heute eindrucksvoll bewiesen, dass sie sich von rechtsextremen Hetzern à la Pro Köln nicht aufwiegeln und spalten lassen. Eine bunte Mischung von Hunderten von Menschen aus Kalk ist dem Blockadeaufruf gefolgt und hat den Rassistenmarsch verhindert. Das ist ein großartiger Erfolg. Es hat sich wieder einmal gezeigt, dass Blockaden gegen rechtsextreme Aufmärsche mittlerweile eine breite gesellschaftliche Akzeptanz haben“, so ein Sprecher des Bündnisses. Einen bitteren Nachgeschmack hinterlassen lediglich die Maßnahmen der Polizei: Wenn ein ganzes Viertel abgesperrt wird, zwischenzeitlich sogar die Haltestelle Kalk-Post nicht mehr angefahren wird und Protest in Hör- und Sichtweite zu den Rechten erschwert oder gar unmöglich gemacht wird, dann sendet das ein falsches politisches Signal. Pro Köln hat derweil seine Lektion wieder einmal nicht gelernt und für den 28. Januar eine weitere Anti-AZ-Demo angekündigt. Dann wird es wieder heißen: „Kalk macht dicht!“

www.antifaschistische-nachrichten.de

BUND startet zum Weltklimagipfel in Durban Stromsparkampagne

BERLIN. Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) hat aus Anlass des Weltklimagipfels von Durban (28.11. bis 9.12.2011) eine neue Kampagne zum Stromsparen gestar-

tet. Unter dem Motto „Gib mir Zehn!“ soll erreicht werden, dass der Stromverbrauch in Deutschland um zehn Prozent verringert wird. Derzeit sei der Stromverbrauch hierzulande für fast die Hälfte der CO₂-Emissionen verantwortlich. Wenn im Jahr 2020 im Vergleich zu 2008 ein Zehntel weniger Strom benötigt werde, ließen sich jährlich rund 30 Millionen Tonnen des Klimagases CO₂ vermeiden, sagte der BUND-Vorsitzende Hubert Weiger in Berlin. Weiger forderte die Bundesregierung auf, das Stromsparen stärker als bisher auf der politischen Ebene zu fördern. Der BUND fordert unter anderem die schnelle Einführung eines sogenannten „Top-Runner-Programms“, das nach japanischem Vorbild Strom sparende Elektrogeräte zum Standard erhebt und damit Strom fressende Geräte vom Markt verdrängt. www.bund.net

Beteiligung an Blockadeaktionen so groß wie in letztem Jahr

GORLEBEN. „Halber Atomausstieg“ und Festhalten an Gorleben führt zu massiven Protesten. Zu den andauernden Protesten rund um den Castor-Transport nach Gorleben erklärt Jochen Stay, Sprecher der Anti-Atom-Organisation Ausgestrahlt: „Die Ereignisse des Wochenendes zeigen: Der Konflikt um Gorleben ist mit unverbindlichen Ankündigungen des Umweltministers nicht zu lösen, solange das Endlager-Projekt im maroden Salzstock nicht aufgegeben wird. Die Beteiligung an den Blockadeaktionen ist genauso stark wie im Ausnahmejahr 2010 – direkt nach dem Laufzeitverlängerungsbeschluss der Bundesregierung. Die Demonstration am Samstag war die zweitgrößte Demonstration im Wendland in bald 35 Jahren Gorleben-Konflikt. Es wird mehr als deutlich: Was im Sommer unter dem Etikett ‚Atomausstieg‘ beschlossen wurde, reicht vielen Menschen nicht aus. Denn es ist nur ein halber Ausstieg. Der Plan der Bundesregierung, noch mehr als zehn Jahre in den Reaktoren Atom Müll zu produzieren, ohne dass es eine sichere Entsorgung gibt, stößt auf breite Ablehnung.“ An den Protesten am Wochenende ha-

ben sich insgesamt mehr als 25 000 Menschen beteiligt. www.ausgestrahlt.de

Zahl der Wohnungslosen in Deutschland steigt

LEIPZIG / BIELEFELD. Die BAG Wohnungslosenhilfe (BAG W), der Dachverband der Wohnungslosenhilfe in Deutschland, sieht einen deutlichen Anstieg der Wohnungslosigkeit in Deutschland. Die BAG W prognostiziert bis 2015 sogar einen weiteren drastischen Anstieg der Wohnungslosigkeit um 10 bis 15 % auf dann 270 000 bis 280 000 Menschen. 2010 waren ca. 248 000 Menschen in Deutschland ohne Wohnung, 2008 waren es noch 227 000. Weitere ca. 106 000 Menschen waren in 2010 (2008: 103 000) von Wohnungslosigkeit bedroht, d.h. bei ihnen stand der Verlust der Wohnung unmittelbar bevor. In 2010 zählten also insgesamt ca. 354 000 zu den sog. Wohnungsnotfällen, in 2008 waren es noch 330 000. Ursachen für steigende Zahl der Wohnungslosen: Hohe Mieten, Verarmung und Fehlentscheidungen bei Hartz IV. Nach Meinung der BAG W sind im Wesentlichen drei Faktoren maßgeblich für den Wiederanstieg der Wohnungslosenzahlen nach einer zehnjährigen rückläufigen Entwicklung:

- Das Anziehen der Mietpreise insbesondere in den Ballungsgebieten bei gleichzeitiger Zunahme der Verarmung der unteren Einkommensgruppen in Verbindung mit dem geschrumpften sozialen Wohnungsbestand, dem nicht durch Wohnungspolitik gegengesteuert wurde. Im Gegenteil: Der Bund kürzt die Mittel für die Städtebauförderung erneut in 2012, das Programm „Soziale Stadt“ steht faktisch vor dem Aus; Kommunen und Länder verkaufen ihre eigenen Wohnungsbaubestände an private Investoren.
- Die Verarmung der unteren Einkommensgruppen steht in engem Zusammenhang mit der Dauerkrise am Arbeitsmarkt, die nicht zu einem Absenken der Zahl der Langzeitarbeitslosen geführt hat. Zugleich ist der Niedriglohnssektor aufgrund eines fehlenden Mindestlohns extrem angewachsen.

• Sozialpolitische Fehlentscheidungen bei Hartz IV: Sanktionierung auch bei Kosten der Unterkunft von jungen Erwachsenen, unzureichende Anhebung des ALG II – Regelsatzes, Pauschalierung der Kosten für Unterkunft und Heizung (Stichwort: Satzungsermächtigung), Zurückfahren der Arbeitsförderungsmaßnahmen.

www.bag-wohnungslosenhilfe.de



Vorerst sieht es nach Blockbildung für sozialere Politik aus

Gegenüber den Haushaltsberatungen für die Jahre 2010/11 gibt es bei CDU, FDP und Mannheimer Liste keinerlei Abweichungen. Ihr Credo ist schnell zusammengefasst: Sparen, Steuern runter, Schulden abbauen.

Anders bei SPD und Grünen: Nach dem noch laufenden Nothaushalt sehen sie die Zeit gekommen, nun ein paar Versäumnisse der Vergangenheit zu korrigieren und dafür auch die Wirtschaft an den Kosten höher zu beteiligen.

Die Tatsache, dass der Haushalt 2010 mit einer Verbesserung von 15 Mio. Euro abschloss und der Haushalt 2011 insgesamt eine Verbesserung von voraussichtlich 33,5 Mio. Euro gegenüber dem Plan aufweisen wird, macht die Sache zweifellos einfacher.

Anders als sein Vorgänger Stefan Fult-Blei legt sich der neue Fraktionsvorsitzende der SPD in Sachen Wiederanhebung der Gewerbesteuer auf den Hebesatz des Jahres 2000 (430 Punkte) eindeutig fest:

„Wir alle aber haben im vorliegenden Haushaltsplanentwurf bei den Investitionen erkennen müssen, dass wir zwar im Bereich Kinderbetreuung und Schule nicht nachlassen, dass wir aber etwa für den Erhalt unserer Infrastruktur keine ausreichenden Mittel haben werden. (...) Und dass wir bei den Zuschüssen an bürgerschaftliche, soziale und sportliche Initiativen die Beträge seit Jahren fest geschrieben haben, ist niemandem zu vermitteln. (...) Deshalb schlagen wir dem Mannheimer Gemeinderat vor, wie bereits vor zwei Jahren in der Finanzplanung vorgesehen, zur Verbesserung der Einnahmesituation den seit 2001 reduzierten Hebesatz der Gewerbesteuer wieder auf 430 Punkte zurückzuführen.“

Die neue Fraktionsvorsitzende der Grünen, Gabriele Thirion-Brenneisen zum gleichen Thema (die Grünen hatten 2010 eine Gewerbesteuererhöhung abgelehnt):

„Wenn wir heute wichtige gesellschaftspolitische Weichenstellungen versäumen, werden wir in Zukunft die sozialen Folgen in weitaus größerer Dimension bezahlen müssen. Wir müssen auch bereit sein, Fehlentscheidungen der Vergangenheit zu korrigieren, damit diese nicht zu Lasten des Friedens in unserer Stadt gehen. Wir sehen deshalb keine Alternativen zu einer Rückführung der Gewerbesteuer auf das alte Niveau und maßvollen Umschichtungen im Haushaltsentwurf der Ver-

waltung.“

Die Linke hält ihre Haushaltsrede erst zu Beginn der eigentlichen Etatberatungen am 12.12. Aber der „Mannheimer Morgen“ weiß es schon jetzt ganz genau: Auch die Linken wollen die Gewerbesteuer wieder auf den Stand von 2000 zurückversetzen. Und hiermit hat der MM sogar Recht.

Über die Verwendung der Mehreinnahmen gehen die Meinungen allerdings auseinander: Die SPD möchte 60% für zusätzliche Schuldentilgung einsetzen und die ersparten Zinsen von ca. 400 TEuro für soziale Zwecke einsetzen, den Rest will sie im Wesentlichen investieren. Die Grünen wollen „in den Bereichen Kinder, Jugend, Bildung und Betreuung sowie Soziales und im Umwelt- und Klimaschutz Schwerpunkte setzen, um nachhaltige Entwicklungen anzustoßen“.

Beide Parteien haben sich erfreulicherweise jedoch auch eindeutig auf die Wiedereinführung eines Sozialtickets festgelegt: Thirion-Brenneisen: „Nach 13 Jahren ist es nun an der Zeit die Forderung umzusetzen, bei der nach unserer Auffassung alle nur gewinnen. Zum einen die Menschen in schwierigen finanziellen Situationen (...). Zum anderen die RNV, die zusätzliche Einnahmen durch den Mehrverkauf von Fahrscheinen erzielen kann.“

Ralf Eisenhauer: „Nicht zum ersten Mal fordert die Mannheimer SPD hier in den Haushaltsberatungen endlich wieder eine verbilligte ÖPNV-Karte für Menschen im Hilfebezug. (...) Im Bereich von Erwachsenen ermutigen uns Erfahrungen aus Köln und anderen Städten, dieses Thema wieder aufzunehmen und neu zu diskutieren. Ich danke dem Kollegen Trüper, der hierzu vor wenigen Wochen eine sehr interessante Expertenanhörung organisiert hat, bei der auch der Verkehrsverbund Rhein Neckar wichtige Argumente für dieses Projekt vorgetragen hat.“

Wie das Sozialticket im Einzelnen aussehen soll – darüber wird noch einiges zu diskutieren sein, aber der Einstieg könnte gelingen.

Zur Erinnerung die aktuellen Mehrheitsverhältnisse im Mannheimer Ge-

meinderat: Er hat einschließlich OB (der in keinem Detail gegen seinen Haushaltsentwurf stimmen wird) 49 Mitglieder. Für die Mehrheit sind somit 25 Stimmen erforderlich. SPD 15, Grüne 8, Linke 1 – das reicht knapp nicht. Da müssen die zwei Einzelmitglieder im Stadtrat, die über die Linken- bzw. die SPD-Liste gewählt wurden, ebenfalls zur Sache stehen.

Eckard Südmersen, Fraktionsvorsitzender der CDU, lehnt sich als Anführer der Gegenseite weit aus dem Fenster:

„Eine Erhöhung der Gewerbesteuer, wie sie immer wieder von der linken Seite dieses Hauses ins Spiel gebracht wird, lehnt die CDU mit Nachdruck ab. Dieses Signal (...) würde den Wirtschaftsstandort Mannheim nachhaltig schwächen. Falls eine solche Steuerpolitik im Mannheimer Gemeinderat mehrheitsfähig wäre, könnte die CDU-Fraktion den Haushalt der Stadt Mannheim nicht mittragen.“

Die SPD hatte bisher immer versucht, „die CDU mit ins Boot zu holen“ und sie zur Unterstützung des Haushalts zu bewegen. Dies vor allem, um die enthaltenen Gewalttaten nicht allein verantworten zu müssen. Vielleicht hält sich die SPD in diesem Jahr für stark genug. Sie könnte ja diesmal auch ein paar Segnungen auf ihr Konto verbuchen. Die CDU hingegen strebt weitere Steuerersenkungen an (Grundsteuer wieder auf das alte Niveau) und ein weiteres Haushaltsstrukturprogramm, also weitere soziale Gewalttaten, z.B. die Abschaffung des Familienpass PLUS einschließlich des MAXX-Tickets für 3 Euro im Monat. Südmersen winkt zugleich mit einem schwarz-grünen Taschentuch: „Aber wir sind guter Hoffnung, dass sich auch auf der linken Seite dieses Hauses die Vernünftigen durchsetzen, insbesondere bei den Grünen“, an deren Erinnerungsvermögen er appellierte.

Ja und dann noch die FDP: Steuern runter, gleichzeitig Schulden runter, Sparen als Ziel und Zweck der Kommunalpolitik, Kritik und Streichung vieler freiwilliger Aufgaben der Stadt. Sie nennen das „liberale Bürgerstadt ohne Schulden“. Wenn es so weit käme, würden sie wahrscheinlich aus dieser im Dreck versinkenden, von sozialen Problemen an jeder Straßenecke und von sozialem Unfrieden gezeichneten Stadt als Erste auswandern.

Zwischenbilanz der diesjährigen Haushaltsdiskussion:

Es könnte spannend werden und es sind Erwartungen geweckt, die nicht enttäuscht werden dürfen.

Thomas Trüper, Stadtrat Die Linke





Hamburg schiebt Roma ab

3. November: Sie kommen kurz nach 4 Uhr morgens: Polizei, Zoll, Ausländerbehörde und auch ein Arzt. Wenige Stunden später ist die Roma-Familie abgeschoben, darunter Talibor, sieben Jahre alt, der in Hamburg zur Schule ging und wenige Tage vor seiner Abschiebung in einem Interview flehte: Ich will nicht weg.

Eine unbekannte Zahl von Roma-Familien wurde in den letzten Wochen aus Hamburg abgeschoben, andere Familien, denen die Abschiebung drohte, gingen lieber „freiwillig“. Viele haben länger in Deutschland gelebt. Mehr als ein Dutzend Familien hatte sich mit einer Eingabe an den Eingabenausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft gewandt, ihre Situation geschildert und die Perspektivlosigkeit in den Nachfolgestaaten Jugoslawiens. Bisher wurde noch jede Eingabe als „nicht abhilfefähig“ von der SPD-Mehrheit abgeschmettert. Unterstützergruppen – vor allem der Flüchtlingsrat, Kein Mensch ist illegal, die Bleiberechtsgruppe der GEW – organisierten Kundgebungen und Pressekongressen. Immer wieder wandten sich Roma-Familien verzweifelt an die Öffentlichkeit, an Bürgerschaft und Senat, an die Presse. Alles vergebens. Obwohl der Innensenator zugesagt hatte, jeden Einzelfall zu prüfen, obwohl er versicherte, persönlich Fälle zu kennen, die eine „Rückführung“ ausschließen,

schiebt Hamburg die Roma-Flüchtlinge rigoros ab. Anfang November lehnte die Mehrheit der Bürgerschaft gegen die Stimmen von GAL und Linken selbst den Antrag ab, die Abschiebungen während der Wintermonate auszusetzen. Die meisten der Abgeschobenen werden in Serbien oder Montenegro keine feste Unterkunft finden.

Besonders bedrückend ist, dass das Abschiebedrama trotz aller Bemühungen nahezu unter dem Ausschluss der Öffentlichkeit stattfindet. Nur die „taz“ Hamburg berichtet. Alle anderen Medien schweigen, und es ist bisher nicht gelungen, das Schweigekartell aufzubrechen. Dabei ist die Situation der Roma überall in Ost- und Südosteuropa schlimm, und sie wird immer schlimmer. Man findet auch in den gängigen Medien zunehmend Berichte, der „Spiegel“ schrieb im September mit Blick auf die Roma in Osteuropa von einem „modernen Bürgerkrieg“. Doch die Abschiebepolitik Deutschlands wird weiterhin konsequent beschwiegen.

Im Folgenden wird auszugsweise eine Rede von Christiane Schneider dokumentiert, gehalten am 10. November in der Bürgerschaft:

„Anfang November meldete Amnesty International, dass wieder 27 Roma-Familien die Vertreibung aus ihren Wohnungen in Belgrad droht. Seit dem Jahr 2000 werden immer wieder Roma-Gemeinschaften zwangsgeräumt, seit April 2009 massiv. Allein in Belgrad hat ein Drittel der Roma überhaupt keine Wahl, als in informellen, in illegal errichteten Siedlungen: mit anderen

Worten in Slums zu leben, weil sie keine andere Wohnung bekommen. Hinter Kartons, Plastikplanen und Brettern, ohne Anschluss an Wasser und Kanalisation, oft ohne Strom. Sie werden, weil sie in informellen Siedlungen leben, auch nicht als Bürger/innen Belgrads anerkannt und haben deshalb keine Chance, Arbeit zu finden oder Sozialversicherung zu beziehen. Sie haben

keinen Zugang zu Gesundheitsversorgung und Bildung. Werden sie zwangsgeräumt, landen sie unter der Brücke.

In ganz Serbien gibt rund 600 „illegal“ errichtete Siedlungen, Ghettos an den Stadträndern. Ihre Bewohner/innen sind ausgestoßen von der Gesellschaft, rassistischen Angriffen rechter und nationalistischer Kräfte ausgesetzt, von der Polizei kaum geschützt, oft misshandelt.

80 Prozent der Roma in Serbien sind ohne Arbeit, fast die Hälfte lebt vom Sammeln von Altpapier und Müll, 84% haben kein geregeltes Einkommen und sind von Hunger und Krankheiten bedroht. Viele haben keine Dokumente, Schulen weigern sich nicht selten, Roma-Kinder aufzunehmen, nur 4% der Roma-Kinder erreichen eine Mittelschule.

Das alles weiß der Senat oder kann es wissen – und in diese Situation schiebt er ab: Kinder, Jugendliche, Kranke, unterschiedslos alle.

Wir fordern den Senat auf: Halten Sie ein! Stoppen Sie die Abschiebungen!

Wir sind in der letzten Sitzung von der GAL kritisiert worden, keine Europäer zu sein. Aber wir sagen: Wer in dieser Situation die Roma-Familien abschiebt, der handelt gegen alle Grundsätze, die den europäischen Gedanken tragen müssen, wenn er Bestand haben soll.

Wir haben aus der Geschichte unserer Bewegung gelernt, dass es das Recht auf Flucht geben muss, damit Menschen Situationen entkommen können, die für sie unerträglich sind, in denen sie keine Zukunftsperspektive haben.

Das Recht auf Flucht – das Grundrecht der Freizügigkeit ist ein Menschenrecht, und es ist auf jeden Fall ein demokratisches Recht.

Nur undemokratisch verfasste Staaten verweigern Menschen die Ausreise. Serbien hat den Roma die Ausreise nicht verweigert, auch wenn die EU beschämenderweise Druck ausgeübt hat, Roma gegebenenfalls an der Ausreise zu hindern.

Aber was ist das Grundrecht der Freizügigkeit, das demokratische Menschenrecht auf Flucht wert, wenn niemand die Flüchtlinge aufnimmt bzw. jedes Land sie möglichst gleich wieder abschiebt? Nichts! Die Abschiebung der Roma, aus Hamburg, aus Schleswig-Holstein, aus NRW, aus Deutschland, aus Frankreich, Italien und anderen EU-Ländern missachtet ein grundlegendes demokratisches Recht und schafft oder verfestigt damit undemokratische Strukturen und die Strukturen himmelschreiender sozialer Ungerechtigkeit in Europa. Die rigorose Abschiebepolitik begünstigt sehenden Auges den in weiten Kreisen der Gesellschaften Ost- und Südosteuropas verbreiteten militanten Rassismus.“

Verdi wirft Bochumer Rat Wortbruch vor:

BOCHUM. Am Samstag, 26.11.2011 fand die jährliche Bezirkskonferenz des Verdi Bezirks Bochum-Herne mit mehr als 100 Delegierten statt. Auf ihrer Bezirkskonferenz hat die Dienstleistungsgewerkschaft Verdi die Entscheidung des Bochumer Rates vom letzten Donnerstag, die Interessen der Beschäftigten der städtischen Alten- und Pflegeheime, die von Ausgliederung betroffen sind, nicht durch einen Tarifvertrag absichern zu wollen, als klaren Wortbruch verurteilt. Zu dieser Ratsentscheidung verabschiedeten die Verdi-Delegierten einstimmig eine Resolution, in der der Wortbruch von Verwaltung und Rat als Kampfansage an Verdi gedeutet wird. „SPD, Grüne und CDU haben sich gemeinsam entschlossen, ihr gegebenes Wort zu brechen. Die erst im Mai d.J. mit einem Ratsbeschluss gegebene Zusage, dass die Interessen der Beschäftigten bei der Umwandlung der städtischen Alten- und Pflegeheime in eine GmbH tarifvertraglich geregelt und gesichert werden, wurde mit dem jüngsten Ratsbeschluss zurückgenommen. Dies stellt einen in Bochum bisher nicht dagewesenen Wortbruch von Politik und Verwaltung gegenüber Verdi dar“, erklärt Gudrun Müller, Geschäftsführerin im Verdi Bezirk Bochum-Herne. „Verwaltung und Politik haben dabei äußerst unredlich und schlicht falsch argumentiert und uns damit signalisiert, dass wir auf Zusagen nicht vertrauen können.“ „Wir nehmen die Kampfansage an Verdi entschlossen an. Die anstehenden Haushaltsberatungen z.B. werden wir entsprechend begleiten.“ Noch sitzen Stadtverwaltung und Bezirksregierung zusammen und suchen die Millionen als Einsparpotenziale. Im Dezember sollen Ergebnisse vorliegen. Zu befürchten ist, dass gravierender Personalabbau bei städtischen Beschäftigten und schmerzhaft Einschnitte bei sozialen und kulturellen Angeboten in der Stadt geplant sind. www.bo-alternativ.de

Schnüffelangriff auf Schulcomputer bewegt sich auf extrem dünnem Eis:

PIRMASSENS. Die Linke Pirmasens fordert den Schulträger auf, öffentlich zum geplanten Einsatz von Untersuchungssoftware zur Aufspürung von Urheberrechtsverletzungen an Pirmasenser Schulen Stellung zu nehmen. Im „Gesamtvertrag zur Einräumung und Vergütung von Ansprüchen nach § 53 Urheberrechtsgesetz“ wurde von der Kultusministerkonferenz der Einsatz des sogenannten Schultrojaners beschlossen. Initiiert wurde die Untersuchung von Schulcomputern von den Schulbuchverlagen. Dazu erklärt der Vorsitzende der Linken Pirmasens, Frank Eschrich:

„Die Kultusminister schließen einen Vertrag mit den Schulbuchverlagen und erlauben diesen im Gegenzug, einen Schultrojaner auf unsere Schulen loszulassen. Wie dies mit dem Grundrecht auf Vertraulichkeit und Integrität von eigengenutzten informationstechnischen Systemen vereinbar sein soll erschließt sich mir nicht. Dieser Schnüffelangriff auf Schulcomputer bewegt sich verfassungsrechtlich auf extrem dünnem Eis. Zudem ist die Umsetzung auf kommunaler Ebene völlig unklar: Nach welchen Kriterien erfolgt die Auswahl der Schulformen und einzelnen Schulen, die untersucht werden sollen? Wie wird die Untersuchung in den Schulen durchgeführt und welche Daten werden übermittelt und gespeichert? Und wer soll eigentlich bei einer festgestellten Urheberrechtsverletzung konkret haftbar gemacht werden? Die Lehrer? Die Schulleiter? Der Schulträger? Wie soll zwischen „schuldigen“ und „nicht-schuldigen“ Nutzern von Schulcomputern unterschieden werden? Wir erwarten vom städtischen Schulträger umgehend öffentliche Aufklärung zu diesen Fragen und die sofortige Einbeziehung der zuständigen Schulgremien.“ www.die-linke.de/nc/politik/kommunal/aktuellesausdenkommunen

Geplanten Asbesttransport stoppen:

HANNOVER. Gegen den geplanten gefährlichen und teuren Transport des Asbestzementschlamms von Wunstorf-Luthe nach Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern formiert sich breiter und mittlerweile auch prominenter Widerstand. „Vielleicht lässt das die Regionsverwaltung endlich aufhören, und sie hört damit auf, den Transport auf Biegen und Brechen durchsetzen zu wollen“, sagt Michael Fleischmann, umweltpolitischer Sprecher der Regions-Linken. Die Linksfraktion fordert seit Jahren, den Asbestzementschlamm vor Ort zu belassen. Das ist nach ihrer Auffassung die sicherste und kostengünstigste Lösung für den Umgang mit dem Sondermüll. „Vor allem die grüne Fraktion sollte sich in dieser Frage mit ihren Parteikollegen aus den beiden Bundesländern, in die der Sondermüll gekarrt werden soll, erneut beraten“, so Fleischmann. „Vielleicht lassen sich die Regionsgrünen dann von der Gefährlichkeit des Transports überzeugen. Es sollte den hiesigen Grünen zu denken geben, wenn eine CDU-Landesministerin Probleme mit dem Transport hat und deshalb das schriftliche Gutachten des TÜV-Nord anfordert.“ www.die-linke.de/nc/politik/kommunal/aktuellesausdenkommunen

Kommunales Sofortprogramm „Soziales Wohnen“. BONN. Die Linke will der Wohnungsknappheit in Bonn mit

einem kommunalen Sofortprogramm „Soziales Wohnen“ begegnen. Die Partei beschloss auf ihrer Jahreshauptversammlung einen Maßnahmenkatalog zur Bekämpfung der Wohnungsnot, der die Bereitstellung von 6 Mio. Euro städtischer Mittel für die nächsten zwei Jahre vorsieht. Kernpunkt ist die Förderung des sozialen Wohnungsbaus, um den in Bonn akuten Mangel an preiswertem Wohnraum zu beheben. Der Beschluss sieht im Einzelnen u.a. die Etablierung einer kommunalen Wohnungsbauförderung, den Ankauf städtischer Belegungsrechte, die personelle Stärkung der Ämter für Soziales und Planung und die Förderung der städtischen Wohnbaugesellschaft Vebowag durch unentgeltliche Übertragung von Grundstücken vor. Daneben soll ein kommunales Beratungsprogramm für Wohnungseigentümer geschaffen werden, die für die Erstbereitstellung einer kleinen Wohnung bzw. eines Zimmers eine Prämie von bis zu 1 000 Euro erhalten. Zudem soll ein Instrument genutzt werden, das in anderen Städten schon üblich ist: Bebauungspläne, die den Neubau von 40 Wohneinheiten und mehr vorsehen, müssen die Festlegung von min. 20% sozialem Wohnungsbau vorsehen.

<http://www.dielinke-bonn.de>

Mieterschutz bei städtischen Wohnungsverkäufen:

BOCHUM. Die städtischen Grundstückrichtlinien werden überarbeitet. Darin sind auch die Regeln für den Verkauf städtischer Immobilien festgelegt. Die bisherige zehnjährige Kündigungsfrist beim Verkauf städtischer Mehrfamilienhäuser sollte gestrichen und auf den gesetzlichen Kündigungsschutz reduziert werden. Wenn die Stadt demnächst ein Mehrfamilienhaus veräußert, hätten die MieterInnen anstatt zehn Jahre im schlechtesten Fall nur drei Monate Kündigungsschutz. Diese Aushöhlung der Mieterinteressen war und ist für Die Linke nicht akzeptabel. Wir haben im Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur und Stadtentwicklung beantragt, die bisherige Regelung beizubehalten. In der Sitzung bat die Verwaltung dann darum, die Vorlage zunächst im Ausschuss für Eigenbetriebe zu behandeln. Für uns und den Ausschussvorsitzenden nicht nachvollziehbar, aber im Endeffekt bleiben bis zu einer Änderung die bisherigen Mieterschutzbestimmungen bestehen. Von daher haben wir überhaupt keine Eile, die Grundstücksrichtlinien zu ändern. www.dielinke-bochum.de

Der neue Mietenspiegel: Erheblich mehr (Sozial-)Wohnungen, besserer MieterInnenschutz und mehr Geld für die Wohnungsbauförderung sind nötig! HAMBURG. Auf Antrag der Fraktion Die Linke wurde in der Bürger-

schaftssitzung am 9. November das Thema „Mietenwahnsinn stoppen: Mietenspiegel wieder zum Schutzinstrument machen! Keine Mieterhöhung bei der SAGA GWG!“ verhandelt. Hintergrund für diese Debatte ist die Vorlage des „Mietenspiegels 2011“ am 2. November. Mit durchschnittlichen Mieterhöhungen von 5,8 % in den vorausgegangenen zwei Jahren liegt dieser Wert das dritte Mal in Folge über dem Anstieg der allgemeinen Lebenshaltungskosten und erst recht der Einkommensentwicklung: 2007 verzeichnete der Mietenspiegel einen Anstieg der ortsüblichen Vergleichsmieten von 4,3 %, 2009 von 3,6 % und 2011 also mit 5,8 % so viel wie in den vergangenen Jahrzehnten nicht mehr. Besonders dramatisch stellt sich die Situation für die Haushalte mit geringem Einkommen dar. Lagen vor zwei Jahren noch 48 % der Mietwohnungen bei unter 6 Euro/qm netto-kalt, sind es 2011 nur noch 33 %. Verschärft wird diese Lage dadurch, dass in den vergangenen zehn Jahren der Sozialwohnungsbestand von rund 150 000 auf gegenwärtig ca. 100 000 zurück gegangen ist. Darüber hinaus ist im letzten Jahrzehnt weniger als die Hälfte der Wohneinheiten entstanden, die notwendig gewesen wären, um den Bestand bedarfsgerecht zu entwickeln. Wenn der SPD-Senat nun ein Wohnungsbauprogramm ankurbelt, über das jährlich – allerdings frühestens ab 2013 – 6 000 Wohnungen neu gebaut werden sollen, dann bleibt dieser Wert bei weitem hinter den Bedarf zurück ... www.linksfraktion-hamburg.de

Interfraktioneller Antrag – Ganztagschulen: BRAUNSCHWEIG. Zur Ratssitzung am 08. November 2011 beantragen die Fraktionen von SPD, Grünen, Die Linke, BIBS und Piraten: Der Rat der Stadt möge beschließen: Das Lessinggymnasium Wenden, die Nibelungen-Realschule und die Grundschule Hinter der Masch werden beginnend mit dem Schuljahr 2012/2013 als Ganztagschulen gem. § 23 Abs. 1 NSchG geführt. Die Verwaltung wird gebeten, unverzüglich die Zustimmung des niedersächsischen Kultusministeriums einzuholen. www.linksfraktion-braunschweig.de

SÖS-Linke: Chance für zu wenige. STUTTGART. Für sechzig Jugendliche, die nicht den Weg von der Hauptschule in die Ausbildung gefunden haben, gibt es das Projekt „Ausbildungschance“. Sie werden von Ausbildungsbegleitern unterstützt und besuchen eine spezielle Berufsschule. So weit, so gut. Aber jedes Jahr gibt es in Stuttgart etwa 200 Jugendliche, die so eine Unterstützung brauchen. Das Deutsche Jugendinstitut hat festgestellt, dass in Stuttgart fast jeder fünfte Hauptschulabgänger nach drei Jahren noch immer arbeitslos, in

einer unqualifizierten Tätigkeit oder in einer Berufsvorbereitungsklasse ist. Die „Ausbildungschance“ ist ein Tropfen auf den heißen Stein. Wir brauchen eine systematische Hilfe vom letzten Schuljahr bis ins erste Ausbildungsjahr für alle, die sonst am Übergang scheitern. Ohne Ausbildung haben Jugendliche keine gute Lebensperspektive. <http://www.domino1.stuttgart.de/grat/soesundlinke.nsf>

Aktuelle Stunde zu den rechtsextremen Anschlägen in Köln beantragt: KÖLN. Aufgrund der aktuellen Entwicklungen im Fall der rechtsterroristischen Gruppe Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) und deren Anschläge in Köln beantragen die Fraktion Die Linke, Klaus Hoffmann (Freie Wähler Köln) und Thor Zimmermann (Deine Freunde) eine Aktuelle Stunde zu den Hintergründen und Konsequenzen der rechtsextremen Anschläge am 9. Juni 2004 in der Keupstraße und am 19. Januar 2001 in der Probsteigasse. Jörg Detjen, Fraktionssprecher der Linken: „Köln muss jetzt Farbe bekennen und sich für lückenlose Aufklärung einsetzen. Das Thema Rechtsextremismus darf nicht wieder zu einem Nebenthema werden. Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen. Auseinandersetzung und Prävention mit der menschenverachtenden Ideologie ist jetzt nötiger denn je.“

Die Antragsteller fordern neben der Aufklärung und weiteren Auseinandersetzung mit dem Thema Rechtsterrorismus und -extremismus eine Entschädigung auch für die Kölner Opfer des NSU-Terrors. Bereits am Mittwoch, den 16. November, hatten die Ratsvertreter der Linken auf einer Pressekonferenz mit der Bundesvorsitzenden der Linken, Gesine Lötzsch, in der Keupstraße eine Opferentschädigung aus dem Fonds beim Bundesamt für Justiz für die Opfer von rechtsextremen Übergriffen angeregt. Jörg Detjen weiter: „Zwar begrüßen wir, dass jetzt Justizministerin Leutheusser-Schnarrenberger den Hinterbliebenen der Mordopfer des Neonazi-Terrors eine Wiedergutmachung anbieten will, aber wir fordern ebenfalls die Entschädigung aller anderen Opfer der NSU. Durch die Entschädigung würden die Opfer endlich die Anerkennung erhalten, die ihnen so lange verwehrt wurde.“ Erst durch die Entschädigung aller Opfer der NSU würden die Anwohner und Anwohnerinnen der Keupstraße und die deutsch-iranische Familie, deren Tochter stark verbrannt wurde, entschädigt. www.linksfraktion-koeln.de

Zusammenstellung: ulj

Kirchliches Streikverbot soll Bundestag beschäftigen

MAGDEBURG. Das umstrittene Streikverbot in der Kirche und ihren Sozialunternehmen soll den Bundestag beschäftigen. Eine Woche nach dem Beschluss der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) in Magdeburg, in dem das Kirchenparlament mit überwältigender Mehrheit das Streikverbot bekräftigte, kündigten Abgeordnete von SPD, Grünen und Linken in Kassel politische Initiativen gegen das kirchliche Arbeitsrecht an. Das Arbeitsrecht steht auch nach einer Niederlage der Kirche gegen die Gewerkschaft Verdi vor dem Landesarbeitsgericht Hamm unter Druck. Zum Streikverbot wird im Frühjahr ein Urteil des Bundesarbeitsgerichts in Erfurt erwartet. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Ottmar Schreiner sagte auf der Fachtagung zum kirchlichen Arbeitsrecht in Kassel, die jahrelange heftige Kontroverse über die Lohnfindung in der Kirche sei zu einem „politischen Problem geworden, vor dem sich die Parteien nicht verstecken können“. Er kündigte an, dass die SPD-Fraktion ihre Position im kirchlichen Arbeitsrecht formulieren werde: „Ich kann mir keinen Sozialdemokraten vorstellen, der das Streikrecht als Grundrecht aller Bürger infrage stellt.“ Auch die Grünen-Fraktion will ihre Haltung zum Arbeitsrecht der Kirche klären. Wie die Bundestagsabgeordnete Beate Müller-Gemmecke sagte, strebt sie einen Partei- und Fraktionsbeschluss an, in dem der kirchliche Sonderweg und das Streikverbot für unzulässig erklärt werden. Der Linken-Abgeordnete Raju Sharma kündigte für Anfang nächsten Jahres eine Anhörung im Bundestag zu dem Thema an ... Der sogenannte Dritte Weg hat in den vergangenen Jahren zu heftigen Debatten in der Kirche geführt, bei dem Arbeitsbedingungen sowie Löhne und Gehälter von einer paritätisch besetzten Arbeitsrechtlichen Kommission ausgehandelt werden. Die Gewerkschaften Verdi und Marburger Bund erkennen aber das Streikverbot in kirchlichen Einrichtungen nicht an. Zwei Landesarbeitsgerichte (LAG) haben in diesem Jahr im Sinne von Verdi entschieden: Das LAG Hamburg kam zu dem Urteil, dass Ärzte in diakonischen Krankenhäusern im Bereich der nordelbischen Kirche streiken dürfen. Das LAG Hamm hatte bereits im Januar Beschäftigten der evangelischen Kirche und der Diakonie ein Streikrecht zugesprochen. Die Landeskirchen Nordelbien, Hamburg und Brandenburg weichen vom „Dritten Weg“ ab. Sie verhandeln mit Gewerkschaften über Löhne und Gehälter.

www.ag-mav.de Arbeitsgemeinschaft der MitarbeiterInnenvertretung in den Diakonischen Werken in Niedersachsen

Mindestlohn: CDU macht Wind ohne Folgen

Auf der Internet-Seite der CDU findet sich unter den Berichten über den Bundesparteitag am 14. und 15. November in Leipzig die Feststellung: „Der Parteitag der CDU Deutschlands hat mit überwältigender Mehrheit den Antrag zur Lohnuntergrenze verabschiedet. Hermann Gröhe (CDU-Generalsekretär) stellte bei der Einführung in den Antrag klar, dass die sich Stärke der Union, soziale Verantwortung und wirtschaftliche Vernunft zusammenzuhalten, in der Formulierung des Antrages widerspiegeln. Eine Weiterentwicklung dieser Position sei es, dass es ‚keine weißen Flecken‘ bei der Tarifbindung in Deutschland gebe. Die Findung einer Lohnuntergrenze gehöre allerdings nicht ins Parlament. ‚Das vertrauen wir den Tarifpartnern an. Arbeitnehmer und Arbeitgeber sind die Richtigen, um das Problem zu lösen.‘“

Der Beschluss des Bundesparteitags ist eine reine Show-Veranstaltung und wird ohne Folgen bleiben. Die FDP hat erwartungsgemäß schon angekündigt, dass es mit ihr keine neue Mindest-

lohnregelung geben wird. Der Chef des Münchner Ifo-Instituts, Professor Sinn, setzte vorsichtshalber noch eins drauf und schickte Kanzlerin Merkel wenige Tage nach dem Parteitag einen „offenen Brief“, in dem er seine alte Leier erneuerte, Mindestlöhne seien Teufelszeug, schadeten der „Prosperität“ und führten zu Arbeitslosigkeit.

Ohnehin ist der Beschluss des CDU-Bundesparteitags nicht auf praktische Umsetzung hin formuliert. Würde dieser Weg je beschritten, wäre ein Hürdenlauf ohne Ende die Folge. Zunächst müssten sich Gewerkschaften und Arbeitgebern auf die Einrichtung einer Kommission verständigen, deren oberstes Ziel es sein soll, keinen einzigen der bestehenden tariflichen Niedriglöhne – etwa im Friseurhandwerk, im Hotel- und Gaststättengewerbe oder in Callcentern – auch nur geringfügig zu korrigieren – Hürde Nr. 1. Dann müssten sich beide Tarifparteien darauf verständigen, über welche Beschäftigten sie überhaupt reden, für die derzeit keine Tarifverträge bestehen,

Hürde Nr. 2. Denn das hieße, dass der DGB die Gefälligkeitstarife zwischen angeblich „christlichen“ Pseudo-Gewerkschaften und den Arbeitgebern, die z.B. in Bereichen des Handwerks extrem niedrige Löhne festlegen, unangetastet ließe. Selbst wenn das zustande käme, müsste dann als dritter Schritt eine Art „Mindesttarif“ für alle anderen Beschäftigten festgelegt werden, der nirgendwo unterschritten werden dürfte – weder in privaten Haushalten (Pflege, Reinigung), bei kirchlichen Arbeitgebern, noch in Hotels, Restaurants, nicht im Logistikgewerbe und auch nicht in der Landwirtschaft. Diesen „Mindesttarif“ könnten die Gewerkschaften faktisch nur in einer Art Bettelverfahren mit den Arbeitgebern vereinbaren. Das ganze ist eine absurde Idee und macht im Grunde nur deutlich, wie substanzlos, oberflächlich und allein auf mediale Wirkung bedacht die CDU mit diesem ersten Thema umgegangen ist. Zumal schon im Vorfeld des Parteitags die Idee der CDU-Sozialausschüsse, den Ta-

DOKUMENTIERT

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung: Geteiltes Land

... Im Jahr 2009 erhielten insgesamt fünf Millionen Arbeitnehmer einen Bruttostundenlohn von maximal 8,50 Euro, so eine Studie der Prognos AG für die Friedrich-Ebert-Stiftung. Davon lebten gut 3,6 Millionen in West- und knapp 1,4 Millionen in Ostdeutschland. Unterhalb der Schwelle von 8,50 Euro befanden sich im Osten jedoch 26 Prozent der Beschäftigten – doppelt so viele wie im Westen. Stundenlöhne von mehr als zwölf Euro hingegen erhielten in Westdeutschland 67 Prozent, im Osten nur 47 Prozent der Arbeitnehmer. Im Länderranking sind die ostdeutschen Bundesländer unter sich: Mit 34 Prozent ist der Anteil der Geringverdiener in Thüringen am höchsten, gefolgt von Sachsen (29 Prozent), Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern (je 25 Prozent) und Brandenburg (24 Prozent). Die niedrigsten Quoten weisen die westdeutschen Stadtstaaten Hamburg mit 6 und Bremen mit 8 Prozent auf.

Absolut überspringt einzig das bevölkerungsreichste Bundesland Nordrhein-Westfalen die Millionengrenze. In Bayern müssen mehr als 760 000 Beschäftigte für einen geringen Lohn arbeiten, in Baden-Württemberg sind es an die 480 000. Die wenigsten Niedriglohnbezieher haben wiederum Bremen mit gut 17 000 und Hamburg mit knapp 35 000.

Bundesweit könnte eine allgemeine Lohnuntergrenze von 8,50 Euro pro Stunde Staatshaushalt und Sozialkassen um gut sieben Milliarden Euro entlasten, haben die Prognos-Experten berechnet. Die Erwerbseinkommen würden insgesamt um 14,5 Milliarden Euro steigen. Die bisherigen Geringverdiener würden voraussichtlich einen relativ großen Anteil dieses Geldes wieder ausgeben. Ihre Nachfrage dürfte die Güterproduktion auch im Inland stimulieren und neue Arbeitsplätze entstehen lassen. Die Expertise erwartet daher bis zu 78 000 neue Stellen als Folge des Mindestlohns. Allerdings verursacht die stärkere Binnennachfrage auch eine kleine Preissteigerung, so die Forscher. Statt nominal 14,5 Milliarden Euro bliebe den Beschäftigten real ein um 11,4 Milliarden Euro erhöhtes verfügbares Einkommen.

CDU-Parteitagsbeschluss 14.- 15.11. Leipzig

... Die CDU hält es für notwendig, eine allgemeine verbindliche Lohnuntergrenze in den Bereichen einzuführen, in denen ein tarifvertraglich festgelegter Lohn nicht existiert. Die Lohnuntergrenze wird durch eine Kommission der Tarifpartner festgelegt und soll sich an den für allgemein verbindlich erklärten tariflich vereinbarten Lohnuntergrenzen orientieren. Die Festlegung von Einzelheiten und weiteren Differenzierungen obliegt der Kommission. Wir wollen eine durch Tarifpartner be-

stimmte und damit marktwirtschaftlich organisierte Lohnuntergrenze und keinen politischen Mindestlohn.

DGB-Bundesvorstand: Mindestlohn: Von seiner Hände Arbeit leben!

... Mit der berechtigten Forderung „Von seiner Hände Arbeit leben“ zu können will die CDU und vor allem ihr Arbeitnehmerflügel CDA die „Würde der Arbeit“ wieder herstellen. Willkommen in der gesellschaftlichen Realität. Ein Antrag auf dem Parteitag in Leipzig soll diesen Wendepunkt besiegeln. Das ist gut. Dennoch nicht konsequent. Denn die CDU will eine allgemein verbindliche Lohnuntergrenze in den Bereichen, in denen ein tarifvertraglich festgelegter Lohn nicht existiert. Festgelegt werden soll die Lohnuntergrenze durch eine Kommission der Tarifpartner. Die Höhe soll sich am Tarifabschluss für Zeitarbeiter orientieren.

Die Höhe ist z. B. ein entscheidender Punkt. Orientierung sollen die Zeitarbeits-Tariflöhne sein. Diese liegen seit 1. November 2011 bei 7,01 Euro im Osten und 7,89 Euro im Westen. Doch der Vorschlag hat viele Tücken: Zum einen erfasst die von der CDU beabsichtigte Lohnuntergrenze lediglich Beschäftigte, die derzeit in Bereichen ganz ohne Tarifregelungen arbeiten. Existiert ein Tarifvertrag in der Branche, soll die Lohnuntergrenze nicht gelten. Auch wenn die Tariflöhne unterhalb der dann festgelegten Lohnuntergren-

rifvertrag Leiharbeit als bundesweite Mindestgrenze festzulegen, verworfen wurde. Der „Mindesttarif“ soll also offensichtlich niedriger sein als die Leihstarife (derzeit 7,01 Euro im Osten inkl. Berlin und 7,89 Euro im Westen).

Dass der Beschluss des Parteitags reines Wahlkampfmanöver ist, machte auch der Vorsitzende der CDA, Karl-Josef Laumann, in seinem Redebeitrag auf dem Parteitag deutlich, als er erklärte: „Wir wollen in den Bundestagswahlen nicht mit den Kommunisten darüber streiten, wie hoch die Löhne sein sollen. Die Kommunisten verstehen von Löhnen und von Wirtschaft nichts.“ Der CDU geht es also nur darum, in Wahlkämpfen nicht mehr als ideologisch verbohrt „Blockierer“ eines gesetzlichen Mindestlohns angreifbar zu sein. Praktisch soll sich nichts ändern.

Den Gewerkschaften bleibt nichts

anderes übrig, als ihre Aktivitäten in den Niedriglohnbereichen weiter zu verstärken, die Beschäftigten dort zu organisieren, Betriebsräte aufzubauen, für tarifliche Regelungen zu kämpfen, bei denen die Menschen von ihrer Arbeit leben können – und obendrein weiter für einen fairen gesetzlichen Mindestlohn – derzeit 8,50 Euro – einzutreten.

Dass dabei auch Erfolge möglich sind, zeigte sich wenige Tage nach dem CDU-Parteitag in den Koalitionsverhandlungen in Berlin. Dort vereinbarten CDU und SPD, dass öffentliche Aufträgen in Berlin künftig nur an Unternehmen gehen, die einen Mindestlohn von 8,50 Euro an ihre Beschäftigten zahlen. Bei Wirtschaftsfördermitteln gilt seit der rot-roten Koalition, dass diese nur an Unternehmen gewährt werden, die mindestens 10 Euro brutto an ihre Beschäftigten zahlen.

Rüdiger Lötzer



ze liegen. Der DGB setzt sich stattdessen bereits seit 2006 für Mindestlöhne ein: Am besten per Gesetz und flächendeckend. Damit von dem Mindestlohn alle Arbeitnehmer – mit und ohne Tarifvertrag – profitieren. Zum andern müssen die Mindestlöhne Existenz sichernd sein: Deshalb fordert der DGB Mindesthöhe von mindestens 8,50 Euro pro Stunde ...

SPD

Die CDU-Pläne für eine Lohnuntergrenze haben mit einem Mindestlohn nichts mehr zu tun. Die Lohnuntergrenze ist weder allgemein noch verbindlich, auch hilft sie vielen Geringverdienern überhaupt nicht. Zu diesem ernüchternden Ergebnis kommt die SPD – und bekräftigt die Forderung nach einem flächendeckenden allgemeinverbindlichen Mindestlohn in Deutschland. Im Gegensatz zur CDU tritt die SPD für einen flächendeckenden allgemeinverbindlichen Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro ein ...

Die Linke: Pseudo-Mindestlohn der CDU ist eine Täuschung der Bevölkerung

„Ein Mindestlohn, der nicht flächendeckend und rechtlich verbindlich für alle gilt, ist kein Mindestlohn“, erklärt die stellvertretende Parteivorsitzende der Linken, Sahra Wagenknecht, den Beschluss der CDU ... Über 90 Prozent der Menschen wollen einen echten Mindestlohn. Die Menschenwürde muss durch eine strikte Lohnunter-

grenze ohne Ausnahmen für alle geschützt werden – egal ob jemand in der Logistik-Branche oder im Callcenter beschäftigt ist, egal ob jemand im Osten oder Westen dieser Republik arbeitet.

Die Linke fordert einen Mindestlohn von 60 Prozent des nationalen Durchschnittslohns aber mindestens 10 Euro pro Stunde. Außerdem muss das Arbeitslosengeld II auf 500 Euro angehoben werden und für dessen Bezieher der Zumutbarkeitsschutz sofort wieder eingeführt werden.

Grüne: ... wollen Mindestlohn für alle

Ein allgemeiner flächendeckender Mindestlohn muss für alle Beschäftigten ohne Ausnahme gelten. Um das zu erreichen, schlagen wir Grüne dazu in einem aktuellen Antrag erneut eine Mindestlohnkommission nach britischem Vorbild vor, die unabhängig von politischem Einfluss eine Mindestlohnhöhe ermittelt. Diese Kommission besteht aus Vertreterinnen und Vertretern von Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden und Wissenschaft. Sie soll unter Berücksichtigung der sozialen und wirtschaftlichen Anforderungen angemessene und faire Arbeitsbedingungen schaffen, sowie sozialversicherungspflichtige Beschäftigte erhalten. Die vorgeschlagene Mindestlohnhöhe wird durch eine von der Bundesregierung erlassene Rechtsordnung wirksam.

Arbeitgeberverband (BDA) akzeptiert Lohnuntergrenzen.

LZ, Do., 17.11.11. Die Arbeitgeber halten den CDU-Kompromiss zu Lohnuntergrenzen grundsätzlich für akzeptabel. „Aber unsere endgültige Bewertung hängt von der Ausgestaltung ab“ sagte BDA-Präsident D. Hundt. Es sei unerlässlich, dass die Lohnuntergrenzen gemeinsam von Arbeitgebern und Gewerkschaften regional, branchen- und altersspezifisch und nicht nach den Vorgaben für die Zeitarbeitsbranche ermittelt werden. Die Debatte um Mindestlöhne hält Hundt jedoch für überflüssig. „Das Gesetz zur Festsetzung von Mindestarbeitsbedingungen regelt das schon alles.“

Die Wirtschaft sieht durch den Neonazi-Terror das Image Deutschlands bei ausländischen Investoren in Gefahr.

HB, Do., 24.11.2011. „Die erbarmungslosen Morde schaden Deutschlands Ansehen als Wirtschafts- und Investitionsstandort, aber ganz besonders auch den neuen Bundesländern“, sagte L. Goebel, Präsident des Verbands der Familienunternehmer, dem „Handelsblatt“. Die abscheulichen Taten der Neonazi-Gruppe seien ein spätes, schauerliches Erbe von Honecker und SED, sagte Goebel. Der Groß- und Außenhandelsverband BGA will ebenfalls „negative Auswirkungen auf zuzugswillige Spezialisten für den Arbeitsmarkt und auf ausländische Investoren nicht ausschließen“. Es gelte die Straftaten und deren Hintergründe restlos aufzuklären, um Schaden für Deutschlands Bild im Ausland zu vermeiden, forderte Präsident A. Börner. „Zuallererst denke ich natürlich an die Opfer und ihre Angehörigen, denen mein tiefes Mitgefühl gilt. Tatsache ist aber auch, dass Terrorismus dem Ansehen Deutschlands schadet“, sagte M.-C. Ostermann, Bundesvorsitzende des Verbandes „Die Jungen Unternehmer“.

BDA-Präsident Hundt will Vergemeinschaftung der EU mit strengen Regeln.

HB-online, Fr., 25.11.2011. In der Euro-Krise muss Europa enger zusammenrücken, fordert Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt auf dem Arbeitgebertag. Er plädierte für ein „Maastricht II“, einen neuen Vertrag zwischen den EU-Ländern „mit einem strengen Finanzregime und Schuldenbremsen mit automatischen Sanktionen“. Die Euro-Länder müssten bereit sein, „nationale Souveränitäten abzugeben und ein höheres Maß an Vergemeinschaftung der maßgeblichen Währungs-Bedingungen zuzulassen“, forderte Hundt. Kein Land solle für die Schulden anderer haften. Die Politik dürfe keinen Einfluss auf Sanktionen für Fehlentwicklungen haben, etwa bei zu hohen Ausgaben einzelner Staaten.

Zusammenstellung: rst

China auf dem Weltmarkt – Konkurrent und Förderer

Mao propagierte bei dem zweiten Fünfjahresplan für 1958 bis 1963 den „Großen Sprung nach vorn“. Aber der gelang erst 20 Jahre später mit der Politik der Öffnung und den Reformen unter Deng Xiaoping. Seitdem wuchs die Wirtschaft im Durchschnitt um fast 10% jährlich. Damit ist die VR China das einzige große Entwicklungsland dem der Aufstieg zu einer der bedeutendsten Wirtschaftsmacht der Erde gelang. Wie dies vor allem in den letzten Jahren erreicht werden konnte, soll hier aufgezeigt werden.

Im Jahr 2000 rangierte die chinesische Volkswirtschaft bereits auf Platz sieben hinter Italien, England, Frankreich, Deutschland und Japan. Inzwischen hat es auf dem 2. Platz nur noch die USA vor sich. Prognosen gehen davon aus, dass der amerikanische Vorsprung in der Wirtschaftsleistung im nächsten Vierteljahrhundert eingeholt und überholt werden kann. Trotz dieser ökonomischen Erfolge bleibt China vorerst ein Entwicklungsland. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf der Bevölkerung betrug im Jahr 2009 nur 3.678 Dollar, ein Elftel von dem was Deutschland mit 40.875 Dollar seinen Bewohnern zu bieten hat.

Werkbank und Fabrik der Welt

In den USA vollzog sich in den letzten Jahrzehnten ein Prozess der De-Industrialisierung und Auslagerung von industriellen Kapazitäten, zum großen Teil nach China. Dadurch konnte die Volksrepublik planmäßig eine breitgefächerte Industrie entwickeln. Seit der Krise 2009 setzt es nicht mehr nur auf seine „billigen“ Exporte, sondern auf eine rapide wachsende Binnenfrage. Nach dem Report der „United Nations Industrial Development Organization“ (UNIDO) erbrachten die drei Länder USA mit 19% auf dem ersten Rang, China mit 15,6% knapp auf dem zweiten und Japan mit 15,4% auf dem dritten Platz insgesamt die Hälfte des globalen Industrie-Outputs. Dahinter sehen Experten wie Garnreiter, der dies in seinem Buch „Die Entwicklungsländer in System von WTO und IWF“ darstellt, einen generellen globalen Trend: hochindustrialisierte Länder verlagern ihre Produktionskapazitäten in Entwicklungs- und Schwellenländer. Sie versuchten damit, billige Arbeitskräfte, Rohstofflieferanten und zukünftige Absatzmärkte zu finden. Das bewirkte – nicht nur bei China sondern

in vielen anderen Ländern der Dritten Welt –, dass sie selbst neue industrielle Produktionszentren aufbauen konnten. Auch wenn China vorerst noch ein Entwicklungsland bleiben wird, hat dieser starke Produktivitätszuwachs weitreichende Folgen für die Bevölkerung: es wurden hundert Millionen neuer Arbeitsplätze geschaffen und hat hunderte von Millionen aus der meist ländlichen Armut heraus geholt. Eine bewusste Regulierung dieser Vorgänge durch Partei und Staat zielt darauf ab, diese hohe Wachstumsrate bei 8% pro Jahr zu stabilisieren, aber gleichzeitig auch für eine verbesserte Qualität zu sorgen. (Wir berichteten von diesen Vorgängen in Politische Berichte 11/11)

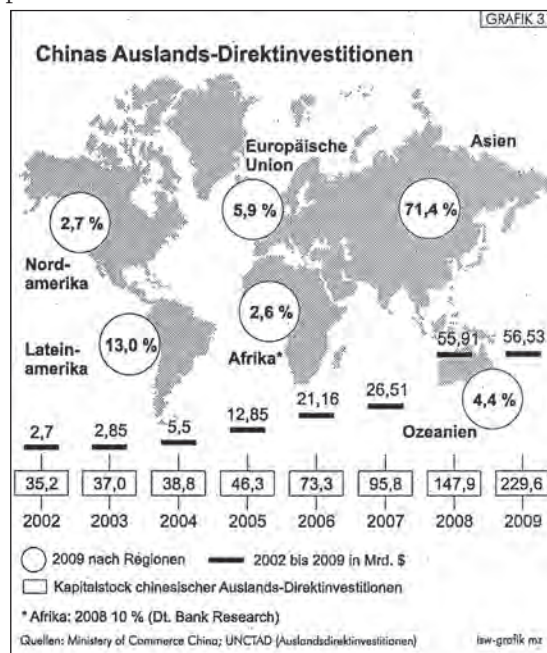
An der Spitze der neuen großen chinesischen Firmen nach Umsatz liegen die Öl- und Energiekonzerne. China Petroleum & Chemical (Sinopec) – Asiens größter Raffineriebetreiber – belegte 2008 mit 213 Mrd. Dollar Umsatz und 4,3 Mrd. Dollar Gewinn den achten Platz auf der Weltrangliste. Petrochina schaffte es binnen eines Jahres

zern im Kurznachrichtendienst QQ, dem chinesischen Chat-Programm. Der größte chinesische Computer-Hersteller Lenovo kann sich auf 600 Mio. Internetanschlüsse stützen. Zunehmend können diese großen Energie- und High-Tech-Konzerne zu börsenwirksamen Unternehmen auf der Welt werden. China Mobile, Petrochina und China Petroleum waren 2009 mit 507 Mrd. Euro an der Börse genauso viel wert wie 30 DAX-Konzerne. Nach einer Studie der Beratungsfirma Roland Berger ist der Telekommunikationskonzern Huawei das international erfolgreichste Unternehmen aus China, das bereits 75% seines Umsatzes im Ausland erwirtschaftet, in 100 Ländern der Welt aktiv ist und nur noch vom schwedischen Konzern Ericsson überboten wird.

Kapitalexport in alle Welt

Die zunehmende Internationalisierung der chinesischen Wirtschaft lässt sich auch an den steigenden Direktinvestitionen im Ausland ablesen. Dabei hat für die Volksrepublik Priorität, an die weltweit vorhandenen Rohstoffressourcen heran zu kommen. Petrochina will im kommenden Jahrzehnt 60 Mrd. Dollar für Auslands-Akquisitionen ausgeben und dabei Exxon Mobil und BP um die Kontrolle der Öl- und Gasfelder herausfordern. 2009 waren es 56,5 Mrd. Dollar, die China insgesamt ins Ausland transferiert hat, dies soll in den nächsten drei Jahren auf 100 Mrd. erhöht werden. Nicht nur die großen Energiekonzerne sondern auch mittlere Unternehmen investieren zunehmend im Ausland. 13 000 chinesische Firmen sind bereits mit einem Kapitalstock von 246 Mrd. Dollar in 177 Ländern der Welt engagiert, so dass die Volksrepublik beim Kapitalexport inzwischen weltweit an fünfter Stelle steht.

Der Hauptstrom der Auslandsinvestitionen fließt in die ebenfalls aufstrebenden Ökonomien in Asien (mit fast dreiviertel Anteil), es folgt Lateinamerika mit 13% und Europa mit rund 6% (siehe Grafik). Obwohl sich der afrikanische Kontinent mit nur 2,6% noch gering ausnimmt, sieht China in Afrika einen „Markt der Zukunft“. Die Krise des westlichen Kapitals hat bewirkt, dass China auch in den entwickelten westlichen Ländern zunehmend Firmen kaufen kann. Damit erwirbt es eigenes Know-how für erforderliche Hochtechnologie. Beispiele dafür sind



von Platz 23 auf Platz 12 aufzusteigen bei einem Umsatz von 157 Mrd. Dollar und einem Gewinn von 16,8 Mrd. Dollar. Ein Wachstum, das auch hier dem Eigenverbrauch geschuldet ist, aber zunehmend globalen Charakter bekommt. Ähnliche Entwicklungen gibt es bei den Unternehmen wie dem Mobilfunkkonzern China Mobile mit 638 Mio. Kunden in 2011 – mehr als die USA, Deutschland, Frankreich und Großbritannien zusammen genommen an Einwohnern haben – und dem Internetkonzern Tencent mit 523 Mio. Nut-

der Erwerb von Rover, BMW, Volvo, Ford und Saab. So erklärte sich der größte chinesische Autobauer SAIC bereit, beim größten US-Giganten General Motors einzusteigen, der auf Kapitalhilfe angewiesen ist und im November 2010 an die Börse ging.

Ein Instrument, mit dem China auf dem wirtschaftlichen Sektor seinen globalen Einfluss ausbauen will, ist der im Jahr 2007 gegründete Staatsfond China Investment Corporation (CIC). Da die Volksrepublik den größten Devisenschatz der Welt – ein Drittel aller Währungsreserven der Welt – in Höhe von 2.648 Mrd. Dollar besitzt, hat das Land bei den geplanten Auslandsinvestitionen kaum finanzielle Schwierigkeiten. Auch hat sich CIC vorsichtshalber mit den renommiertesten internationalen Ratgebern ausgestattet: dem ehemaligen Weltbankökonom Nicholas Stern, dem ehemaligen Weltbank-Chefökonom James Wolfensohn und John Thornton, dem ehemaligen Präsidenten der Investmentbank Goldmann Sachs, sowie einer Reihe weiterer ausländischer Banker. Schon bald avancierte CIC zum fünftgrößten Staatsfonds der Welt nach Abu Dhabi, Saudi Arabien, Norwegen und Singapur. 2009 hat sich die Investment Corporation für 4,2 Mrd. Dollar an den Ölbranchen in Indonesien, Russland, Kanada und Kasachstan beteiligt. Ein weiterer chinesischer Investor expandiert ebenfalls ins Ausland: der „Social Security Fund“ (SSF), der größte Pensionsfond des Landes. Damit wird allerdings auch in China die gerade neu begonnene groß angelegte soziale staatliche Versorgung vor allem bei Krankheit und im Alter dem Risiko der Kapitalmärkte ausgeliefert. (Wir berichteten darüber in PB 11/11).

Konkurrent im Erdölgeschäft

China muss aus Gründen der Energieversorgung für seine wachsende Wirtschaft vor allem im Bereich des Erdölgeschäftes tätig werden. Nur bei der Nutzung der Kohle kann es auf ausreichend eigene Ressourcen zurückgreifen. Nun will die Sinopec seit 2010 für 4,6 Mrd. Dollar von Conoco-Phillips (USA) deren Beteiligung an dem riesigen Syncrude-Projekt in den kanadischen Ölsanden kaufen. Bereits 2008 erstand die China Oilfield Services (SOSL), Tochter der China National Offshore Oil Corporation (Cnooc) den norwegischen Öl- und Gasförderer Awilco Offshore. Von ihm will sich die Cnooc die Technologie für Tiefseebohrungen aneignen, um die Reserven vor der eigenen Küste um 7% erhöhen zu können. Dabei machen sie leider auch nicht Halt vor ökologisch prekären Fördermaßnahmen, wenn sie dabei eine Tiefe von 1500 m erreichen.

Bei der ersten Ölauktion des Irak im Juni 2009 am Rumeila-Ölfeld ging

unter 22 Ölfirmen aus 15 Ländern der Zuschlag an China National Petroleum Corporation (CNPC) und dem britischen Ölmulti BP. Die USA zürnten: „Wir opfern unser Blut und die Chinesen bekommen die Vorteile.“ Bereits 2007 hatten die Chinesen auf Grund eines alten Ölvertrages mit dem damaligen Präsidenten Hussein für die Ausbeutungsrechte bei Al-Ahdab dem Irak 80% seiner Schulden erlassen und umfangreiche Investitionen getätigt. Im Iran beteiligt sich die CNPC mit zwei Milliarden Dollar an der nationalen Erschließung des Nord-Azadegan-Ölfeldes. In Nigeria bietet die Cnooc als Spezialist für Tiefseeförderung bei der Neuvergabe von Förderrechten mit. Hier waren bisher nur westliche neokoloniale Multis wie Shell, Exxon-Mobil, Total und Chevron im Geschäft. Eugen Weinberg, Rohstoffexperte der Commerzbank, bestätigte den Kauf von vier Ölraffinerien durch China, „weil es mehr bietet als die westlichen Konzerne“ (Handelsblatt 30.9.09).

Mit Russlands Präsidenten Medwedjew schloss der chinesische Präsident Hu Jintao 2010 eine „strategische Partnerschaft“, wonach pro Jahr über eine neue Pipeline 15 Mio. Tonnen Öl nach Osten fließen sollen. Auch der Bau von zwei Erdgasleitungen ist geplant. Für Russland haben diese Geschäfte den Vorteil, der EU klarzumachen, dass Russlands Ressourcen nicht nur in Richtung Westen fließen können. Für China haben alle diese Käufe und Beteiligungen den Vorteil, dass der Nachschub an Energie für das künftige Wirtschaftswachstum und damit der „moderate neue Lebensstandard“ für 1.326 Millionen Chinesen in den nächsten Jahren gesichert sind. Für alle diese Projekte müsste die Volksrepublik allerdings im kommenden Jahrzehnt annähernd 500 Milliarden Dollar zur Verfügung stellen können.

Kalter Krieg um Rohstoffe

Die chinesische Rohstoffoffensive stößt im Westen zunehmend auf Widerstand. Als eine Intervention der US-Administration vor wenigen Jahren die Übernahme des US-Ölkonzerns Unocal – die hauptsächlich Förderanteile in Asien hat – durch die Cnooc verhinderte, beschwor der CIA-Direktor James Woolsey in seiner Anhörung vor dem Kongress die Regierung, es sei naiv zu glauben, es handle sich um eine rein wirtschaftliche Angelegenheit. Cnooc gehöre zu 70% dem chinesischen Staat und ihre Manager würden von der Kommunistischen Partei ernannt. In Australien scheiterte 2009 der chinesische Aluminiumkonzern Chinalco, als es mit 19,2 Mrd. Dollar seine Beteiligung am dortigen Bergbau- und Eisenerz-giganten Rio Tinto von 9% auf 18% erhöhen wollte. Die Aktionäre und die Regierung schlugen das Angebot aus.



Nach neuesten Angaben hat China Mobile im eigenen Land 638 Millionen Kunden.

Foto: Edda Lechner, Peking Kaiserpalast, 2005.

„Ein Verhalten wie im Kalten Krieg“, bemerkte die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua, zumal China zurzeit der größte Abnehmer der australischen Rohstoffindustrie ist.

Für die Rohstoff- und Erdölländer der Dritten Welt und der Schwellenländer ist allerdings das Rohstoff verschlingende Wachstum Chinas ein Vorteil. Dank dieser neuen Konkurrenz auf dem Weltmarkt haben sich die Rohstoff-, Öl- und Erdgaspreise deutlich erhöht, zugunsten der Rohstoffproduzenten und zu Lasten der Industrieländer. Die Verhandlungsmacht der Schwellen- und Entwicklungsländer ist dadurch gestärkt worden. Das bestätigt auch die United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD) in ihrem Jahresbericht 2007: „... habe die steigende Nachfrage nach Rohstoffen seit 2003 dazu beigetragen, dass sich die Finanzsituation dieser Länder erheblich verbessert habe.“

Seltene Erden und High-Tech-Industrie

Chinas kann im eigenen Land bisher kein Erdöl, Erdgas und nur für den Eigenverbrauch ausreichende Kohlevorkommen vorweisen. Sein einziger Trumpf im globalen Rohstoffpoker ist das Vorkommen von seltenen Erden für die High-Tech-Produktion. Ihr Bedarf ist in den letzten Jahren enorm gestiegen. China besitzt weltweit ein Drittel aller Vorkommen und produziert zurzeit 97% des Weltbedarfs. Die seltenen Stoffe sind unverzichtbar für die Herstellung von Flachbildschirmen, Glasfaserkabel, Mobilfunkgeräte, Hybridfahrzeuge, Katalysatoren, Hochleistungsmagneten für Elektromotoren, Windturbinen, Energiesparlampen und vor allem für die Rüstungs- und Raketentechnik. Auch hier begingen die USA-Konzerne den Fehler, eigene Anlagen zu schließen, z.B. die Mine Molycorp Minerals in Kalifornien – die sie jetzt wieder öffnen wollen –, und die

Produktion aus Konkurrenzgründen dem „billigeren“ China zu überlassen. Sie überließen den Abbau dieser seltenen Rohstoffe gerne einem Land mit geringerer Entlohnung, minderen Sicherheitsstandards und weil der Abbau extrem umweltbelastend ist. Das führte aber dazu, dass die Volksrepublik ein Quasimonopol erhielt. Inzwischen will auch China diese Rohstoffe – wie Deng Xiaoping schon frühzeitig erkannte – „nicht mehr für den Wert von Salz, sondern den Wert von Gold verkaufen“ und seine Arbeits- und Umweltbedingungen verbessern. Und es will vor allem diese Rohstoffe in eigener Produktion nutzen. Deshalb hat China in großem Tempo mit dem Aufbau einer eigenen High-Tech-Industrie begonnen.

Vom den westlichen Industrieländern wird der Volksrepublik auf Grund ihrer neuen Weltmarktpolitik „Dumping-Konkurrenz“ und „Rohstoff-Nationalismus“ vorgeworfen. Auch den ökologischen Standard der VR China

mögen sie gerne auf jeder Klimakonferenz anprangern.

Es wurde schon erwähnt, dass China als Konkurrent auf dem Weltmarkt eine durchaus positive Funktion ausübt, indem sie für die Entwicklungs- und Schwellenländer den Ertrag aus dem Verkauf ihrer Ressourcen wachsen lässt und damit eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen bewirkt.

Was die Nutzung oder besser gesagt den Verschleiß der weltweit schrumpfenden Rohstoffreserven angeht, gilt immer noch, dass allein die G8-Staaten mit einem Bevölkerungsanteil von nur 11% den Löwenanteil der Ressourcen dieser Welt verbrauchen. Noch immer vernutzen die USA pro Kopf ihrer Bevölkerung viereinhalb Mal soviel Primärenergie als China es tut. Noch ist es die westliche Welt, die für den eigenen Lebensstandard die Weltreserven rücksichtslos plündert und gegebenenfalls ihre Umweltsünden per Gutscheine an Länder wie China weiterverkauft.

Wollten übrigens China und der Rest der Welt auf dem gleichen Niveau wie bisher die westlichen Weltmächte Energie und Bodenschätze verschwenden, wären alle Ressourcen dieser Welt nicht nur schnell erschöpft, sondern es wären mindestens drei Planeten nötig, um diesen Bedarf zu decken. China wird einen solchen Weg kaum beschreiten können und hat dies in seine neuen wirtschaftlichen und ökologischen Planvorgaben bereits einbezogen.

Es ist nicht nur auf dem Wege zu einer großen Wirtschaftsmacht und zu einer besseren Versorgung seiner Milliardenbevölkerung, sondern scheint auch – allen medialen Verleumdungen zum Trotz – erkannt zu haben, dass es umweltpolitisch neue Wege gehen muss. Das wäre aber ein eigens zu behandelndes Thema. *Edda Lechner*

Quelle: Fred Schmid: „China, Krise als Chance?“, ISW-Report Nr 83/84, 2010

Lektürebericht*

Arbeit im Automobilbau

Unter dem Titel „Perspektiven nach 125 Jahren Automobilbau“ führte die IG Metall Baden-Württemberg am 26. Oktober eine Veranstaltung in Stuttgart durch. Die Bedeutung von Produkt und Konzern in Stuttgart erlauben es wohl kaum, diese 125 Jahre nicht unter dem Gesichtspunkt der Technikentwicklung zu betrachten. Die IG Metall hat jedoch die Arbeit im Automobilbau ins Zentrum gerückt. Vor dem Hintergrund, dass Arbeitspolitik in der IG Metall, vorsichtig formuliert, lange kein Schwerpunktthema war, vielleicht der richtige Anlass, um den Gegenstand wieder stärker zu thematisieren. Wie üblich wurde als Stichwortgeber die Industriesoziologie geladen. Referent war Michael Schumann vom Soziologischen Forschungsinstitut Göttingen. Sein Beitrag, der am Ende dazu auffordert, eine Debatte über die Gestaltung von Arbeit wieder in den Betrieben zu führen, beschreibt verschiedene Phasen des Automobilbaus und fragt explizit nach den Chancen für (mehr) Selbstbestimmung in der Arbeit. Schumanns Beschreibung ist ein guter Kurz-Überblick über die arbeitsorganisatorischen Modelle, zeigt aber auch die Schwäche traditioneller/kritischer Industriesoziologie, die lange Zeit nach dem Modell kapitalistischer Produktionsorganisation

geforscht und nach dem Modell der Befreiung in der Arbeit gesucht hat.

Schumanns Beitrag (von 13 Seiten) stellt der Perspektive, die die Branche als eine sieht, die durch „immer neue(n) Innovationszyklen vorangetriebene technische Perfektion und überragendes wirtschaftliches Wachstum“ hervorgebracht habe, den Blick auf die Geschichte „entfremdeter Arbeit“ gegenüber. Die Weiterentwicklung der Arbeit im Automobilbau brauche eine Perspektive in Richtung persönliche Entfaltung ermöglichender Tätigkeit. Dazu gehörten Gesichtspunkte wie Beschäftigungsmöglichkeiten und -konditionen, Entgelt und Arbeitszeitbedingungen und Mitspracheregeln. Wie sich die Möglichkeiten für die Umsetzung einer solchen Politik historisch entwickelt haben, soll an vier Perioden des Automobilbaus umrissen werden, für die jeweils dominierende Produktionskonzepte gegolten haben.

I. Die Gründerzeit war geprägt durch die Arbeit des „Professionisten“. Entwickler und Anwender, Macher und Innovator, Handwerker und Techniker waren eine Person. In einer Untersuchung aus dem Jahr 1909 werden für die Daimler-Motoren-Gesellschaft Stutt-

gart-Untertürkheim zwei Drittel der 2 000 Beschäftigten als Professionisten ausgewiesen. Es war die Phase der vorindustriellen Werkstattsituation. Der Betrieb war groß, aber es war das Zusammenspiel klassisch handwerklicher Arbeitsvollzüge. Es lagen durchaus belastende Arbeitssituationen vor, aber Herausforderungen, individuelle Handlungsspielräume und Selbständigkeit kennzeichneten den Status der Beschäftigten.

II. Die zweite Etappe ist die der Transformation der Produktion in ihrer handwerklichen Ausprägung hin zu einer fordistisch-tayloristischen Produktionsorganisation. In den zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts durchaus noch als Widerstreit zwischen den Konzepten (deutsche Qualitätsarbeit statt amerikanisches „Husch, husch“) hat sich jedoch die standardisierte Massenproduktion in den sechziger Jahren vollends durchgesetzt.

Schuman kennzeichnet sie wie folgt. „Extreme Produktstandardisierung, funktionell ausdifferenzierteste Arbeitsteilung und strikte Kontrollsysteme kennzeichnen die Prozessgestaltung.“ Es galt schnell als Modell erfolgreicher Modernisierung und hatte sich letztlich in den 50er und 60er Jahren flächendeckend durchgesetzt. Die Ent-

*Michael Schumann: Die Erfolgsgeschichte des Automobilbaus – in der widersprüchlichen Perspektive der Produzenten; http://www.sofi-goettingen.de/fileadmin/Michael_Schumann/Material/Die_Erfolgsgeschichte_des_Automobilbaus_26-10-2011.pdf
*Harald Wolf: Arbeit und Autonomie – Ein Versuch über Widersprüche und Metamorphosen kapitalistischer Produktion. Westfälisches Dampfboot, Münster 1999

eignung des Produktionswissens aus den Werkstätten hinterlässt dort mehr und mehr repetitive Teil-Tätigkeiten.

Allerdings beschreibt Schuman auch, dass die funktionale Aufspaltung zwischen Planung und Ausführung schon zu Zeiten der Koexistenz beider Modelle bei Daimler Einzug hielt, der „Professionist“ aus mehr und mehr Prozessabläufen verschwand. Mechanisierung und Automatisierung sind hier die treibenden Faktoren der funktionalen Ausdifferenzierung. „Damit einher ging die betriebsorganisatorische Zergliederung der Produzentenrolle in planende, gewährleistende und ausführende Funktionen. Dies meint Differenzierung, Polarisierung und Hierarchisierung der Arbeitsstrukturen. In den sich herausbildenden betrieblichen Einsatzfeldern zerfielen die direkten Produktionsarbeiten in getrennte Segmente wie ‚Einrichter‘, ‚Maschinenführer‘, ‚Maschinenbediener‘, ‚Nacharbeiter‘ u.a. und die der Indirekten in ‚Kontrolle‘, ‚Planung‘, ‚Instandsetzung‘ u.a. Ein Prozess, der fast durchweg auf Kosten der ehemals ganzheitlichen Produzentenarbeit ging.“ Ergebnis: die Produktion wird von repetitiver Teilarbeit dominiert.

III. Die Kritik an heteronomer Arbeit am Band und an kürzesten Taktzeiten manifestiert sich in den siebziger Jahren in Form von direktem Widerstand in den Betrieben und das Eintreten für andere arbeitsorganisatorische Konzepte. Gruppenarbeitskonzepte, Forderungen zur Auflösung der Bandarbeit, tarifliche Pausenregelungen aber auch das staatliche Programm zur Humanisierung der Arbeit sind Ablagerungen dieser Auseinandersetzungen. Ein weiteres Moment der Infragestellung des fordistisch-tayloristischen Produktionskonzeptes waren laut Schumann weitere technische Entwicklungen, die, kurz gesagt den Weg in eine flexible Automatisierung und damit potentiell auch Wege hin zu ganzheitlichen Arbeitskonzepten öffneten. Als Folge der Reflexion dieser Veränderungen werden die Produktivitätspotentiale der menschlichen Arbeitskraft wiederentdeckt. „Das Bewusstsein für die qualitative Bedeutung menschlicher Arbeitsleistung und die Wertschätzung der besonderen Qualitäten lebendiger Arbeit ist gestiegen. Die Automatisierung des Produktionsprozesses gegenüber lebendiger Arbeit durch Technisierung bringt nicht per se ein wirtschaftliches Optimum. Der restringierende Zugriff auf Arbeitskraft verschonkt wichtige Produktivitätspotentiale. Im ganzheitlichen Aufgabenzuschnitt und in der fachlichen Souveränität der Produzenten liegen stärker zu nutzende Produktivkräfte.“ Die Rücknahme der Arbeitsteilung, Gruppenarbeit, Integration von Funktionen und Selbst-

verantwortung seien die Stichworte dieses Prozesses der „Reprofessionalisierung“

IV. In der vierten Phase habe in der deutschen Automobilindustrie eine „unvollständige Modernisierung“ stattgefunden, die Chance zur Reprofessionalisierung sei da gewesen. Tatsächlich habe sich jedoch der Toyotismus als dominantes Modell durchgesetzt. Warum? Hier werden leider nur die üblichen Angebote gemacht; eine zunehmend globalisierte und finanzmarktgetriebene Ökonomie, die Herrschaft des Shareholder-Value Kalküls und in der Folge Interessenlosigkeit in Sachen Human-Ressource Investitionen. Den Hinweis darauf, dass eine fertige wissenschaftliche Diagnose dieser Phase noch nicht vorliege, ergänzt der Autor mit der bestimmt richtigen Aufforderung, man solle die arbeitspolitische Debatte in den Betrieben wieder aufnehmen.

*

Ein Problem dieser Phasenbeschreibung ist der verstellte Blick auf die Uneinheitlichkeit von arbeitsorganisatorischen Konzepten. Es ging in der Industriesoziologie immer wieder darum, *das Modell* zu beschreiben, *die Entwicklung* vorauszu- sehen. Eine Entwicklung wie in einem gerichteten geschichtlichen Strom, der mit sich spült was im Wege steht. So wurden denn die verschiedenen Phasen etikettiert, als fordistisches Produktionsregimes, als Postfordismus oder als Rekonventionalisierung, was alles noch an Praktiken und arbeitsorganisatorischen Konzepten vorlag, wurde zu oft als vernachlässigbare Größe behandelt. Es ist wahrscheinlich eine bestimmte Denktradition, die in der Industriesoziologie (in Deutschland) die Basis der Forschung bildete und zu entsprechenden wissenschaftstheoretischen Praktiken und Traditionen führte. Eine, die auf das Allgemeine zielt und das jeweils Besondere/Konkrete als (künftig) im Allgemeinen aufgehoben sieht, wenn nicht als störend behandelt.

*

In diesem Zusammenhang sind Ausführungen eines anderen Autors interessant. Harald Wolf hat in dem Buch „Arbeit und Autonomie“ der Arbeitssoziologie vorgeworfen, tendenziell die Pole vom handwerklichen Berufsbild (emanzipierte Arbeit) auf der einen und der repetitiven Teilarbeit (entfremdete Arbeit) auf der anderen Seite aufgebaut zu haben.

Dagegen entwickelt er die These von der Widersprüchlichkeit der Arbeit im Kapitalismus, die trotz aller Fremd-

bestimmung immer Momente der Autonomie beinhalte. Die bürokratische Organisation der kapitalistischen Produktion wird letztlich als unerfüllbares Versprechen, als Imagination gedeutet. Da aber das Produktionswissen der (ausführenden) Arbeiter nie völlig erfassbar, dokumentierbar, zu enteignen ist, muss kapitalistische Produktion die Selbsttätigkeit trotz aller Versuche der Kontrolle zulassen, ja ist auf sie angewiesen, damit das System nicht kollabiert. „Das kapitalistische Projekt und der Entwurf der Autonomie sind ‚aufeinander irreduzible und gegenläufige Tendenzen‘. Und doch bleibt das erstere in paradoxer Weise auf Bedingungen der Entfaltung des letzteren angewiesen.“ (S. 114)

Unter dieser Prämisse schlägt er auch eine neue Betrachtung der Herrschaft im Betrieb vor, die die handelnden Subjekte als Orientierung und Verständnis Setzende betrachtet. Heute würde die Definitionsmacht beim Management liegen und die Bürokratie als alles erfassende Verwaltung (der Pol der Planung) sei die bestimmende



Prof. Dr. Michael Schumann referierte bei der Tagung der IG Metall Baden-Württemberg am 26. Oktober zum Thema „Perspektiven nach 125 Jahren Automobil“.

Imagination. Da aber immer beide „Dimensionen der tatsächlichen kapitalistischen Produktion: Organisation und Selbsttätigkeit“ (S. 120) wirksam seien, ist Befreiung in der Arbeit durch das Setzen neuer Orientierungen potentiell möglich.

Auf dieser Basis beurteilte er auch die neuen Managementkonzepte weniger euphorisch als damals vielerorts geschehen und deutete sie eher als einen von historisch vielen Versuchen, unter veränderten Bedingungen die Bürokratisierung des Produktionsprozesses unter neuen Leitmetaphern (human resources; Managementkonzepte) zu reorganisieren und das Verhältnis von Fremdbestimmung und Autonomie neu auszutarieren.

Eine solche Sichtweise findet ihre Bestätigung durchaus auch in der betrieblichen Erfahrung. Selbst in der rigidesten Produktionsorganisation und der perfidesten Zerstückelung von Arbeitsprozessen schaffen sich

die Beschäftigten Räume, in denen sie sich Einfluss auf den Prozess, den Arbeitsplatz, die Werkzeuge, die Organisation von Verschnauftpausen usw. erobern. Ebenfalls betrifft dies die innerbetriebliche Kommunikation, die sich neben den formalen Organisationsstrukturen etabliert. Der dafür gefundene Begriff ist der der informellen betrieblichen Organisation, ohne die bekanntlich nichts läuft.

Notwendig wäre aber zusätzlich auch eine angemessene Relativierung des Begriffs der „Befreiung in der Arbeit“. Das Material ist widerständig

und folgt nicht einfach dem Willen des „freien Produzenten“. Egal, ob es ein Stück Holz, Metall, der zu beseitigende Schmutz oder eine zu pflegende Person ist. Völlige Unabhängigkeit ist in diesem Aufeinandertreffen gar nicht denkbar. Kooperation, ohne den moderne Produktionsprozesse nicht auskommen, wird auch nicht immer (ausschließlich) als Genuss oder Gewinn betrachtet, und jede technische Einrichtung setzt den Arbeitsvollzug und den Abläufen einen gewissen Rahmen. Auch dies sind Momente, von denen sich in der Arbeit nicht zu

befreien ist, die aber Autonomie einschränken.

Würden beide besprochenen Elemente stärker in die gewerkschaftliche Diskussion aufgenommen werden, könnten, auf Basis eigener empirischer Arbeit, für vielfältigste Formen der heute vorzufindenden Arbeitsorganisation mit den jeweiligen Beschäftigtengruppen konkrete Vorschläge für eine bessere Arbeitsgestaltung vorgeschlagen werden. Ohne zu viel zu versprechen und damit auch gleich alle zu überfordern.

Rolf Gehring

Dietmar Bartsch, der auf nachdrückliches Verlangen des damaligen Parteivorsitzenden Oskar Lafontaine sein Amt als Bundesgeschäftsführer im Januar 2010 aufgeben musste, begründete am 30.11. im „Neuen Deutschland“ seinen Entschluss, für das Amt des Parteivorsitzenden der Linken zu kandidieren. Nach Ansicht von Bartsch wäre es für die Partei von Vorteil, wenn der Parteitag seine Entscheidung auf Basis eines vorab eingeholten Mitgliedervotums fällen könnte. Am 1. Dezember berichtet das ND, dass Bartsch' Ankündigung bei den Landesvorsitzenden der Linken in Mecklenburg-Vorpommern, Steffen Bockhahn, und in Sachsen-Anhalt, Matthias Höhn, ein positives Echo fand. Wir dokumentieren den Text des ND-Interviews vom 30.11. sowie einen Auszug eines ND-Berichts vom 1.12.

Neues Deutschland, 30.11. „Die Linke muss zurück in die Erfolgsspur“ – Vizefraktionschef Dietmar Bartsch will sich für den Parteivorsitz bewerben – unter einer Voraussetzung

Zwei Tage nach dem Programmparteitag der Linken Ende Oktober in Erfurt hatte die Parteivorsitzende Gesine Lötzsch angekündigt, im Juni 2012 erneut für ihr Amt zu kandidieren. Damit wollte sie nach eigener Aussage auch andere zur Kandidatur ermuntern. Fünf Wochen lang meldete sich niemand. Nun wirft Dietmar Bartsch seinen Hut in den Ring. Mit dem früheren Bundesgeschäftsführer und jetzigen Vizevorsitzenden der Linksfraktion im Bundestag sprach Jürgen Reents.

ND: Sogenannte „Parteikreise“ haben am Montagabend über „Welt online“ Ihre Kandidatur zum Parteivorsitz angekündigt. Was sagen Sie selbst?

Personalfragen sollten nicht in Hinterzimmern entschieden werden, da bin ich mit vielen einig. Deswegen befürworte ich ein Mitgliedervotum über die zukünftige Parteispitze. Dieses hat rechtlich empfehlenden Charakter, aber unser Parteitag würde einem solchen Votum sicher folgen. Wir sollten dies deutlich vor der Landtagswahl in Schleswig-Holstein-Wahl (6. Mai 2012) durchführen, um den Wahlkampf nicht zu belasten. Bei einem solchen Mitgliederentscheid kandidiere ich für den Parteivorsitz.

Sie knüpfen Ihre Kandidatur an diese Voraussetzung?

Es hat bislang ein unterschiedliches Echo auf den Vorschlag eines Mitgliedervotums gegeben. Mit meiner Aussage will ich diesen Weg ausdrücklich unterstützen. Die Frage, wie ich mich

verhalte, wenn es kein Mitgliedervotum gibt, steht jetzt nicht.

Treten Sie als Kandidat des Reformflügels an?

Ich kandidiere nicht für einen Flügel, sondern weil ich es für zwingend nötig halte, die Partei zusammenzuführen.

Aber Sie haben Ihre Kandidatur mit Ihren engsten politischen Freunden besprochen?

Ja.

Wenn es beim bisherigen Muster bleibt, müssten Sie sich dann eine weibliche Ko-Vorsitzende aus dem Westen wünschen, die den radikaleren Teil der Partei vertritt? Oder sehen Sie sich nach den von Gregor Gysi genannten Modell-Varianten als Zentrist, der eine zweite Zentristin an seiner Seite braucht?

Es geht nicht nach Wünschen oder vorgerasterten Modellen, auch deswegen bin ich für ein Mitgliedervotum. Im übrigen gibt es in der Linken eine 90-prozentige Übereinstimmung in den grundsätzlichen Fragen, das hat Erfurt gezeigt. Wir müssen zur Politik zurück, das ist die Grundlage, auf der die Mitglieder über ihre Vorsitzenden entscheiden werden. Ich gebe keine personellen Ratschläge. Wenn alle Kandidatinnen und Kandidaten sich erklärt haben, kann man über die günstigste personelle Zusammensetzung diskutieren. Und was die Frage von Zentristen betrifft: Ich war viele Jahre Bundesgeschäftsführer der Partei, da habe ich gelernt, der gesamten Partei verpflichtet zu sein. Wenn das

mit Zentristen gemeint ist, bin ich einer, obgleich ich diesen Begriff nicht benutze.

Nach und nach erklären sich alle in der oberen Etage der Linken zur Parteimitte ...

Natürlich drückt jeder die Positionen der Partei auf seine Weise aus, wirbt auch für eigene Sichtweisen. Grundsätzlich bin ich ein Gegner dieser Schubladen, in die die meisten gesteckt werden.

Mit welchen eigenen Sichtweisen oder inhaltlichen Botschaften verknüpfen Sie denn Ihre Kandidatur?

Wir haben in diesem Jahr viele unserer Wahlziele nicht erreicht. Wir verlieren an Mitgliedern. Und wir sind in wichtigen Debatten nicht präsent. Das müssen wir ändern, wir brauchen einen neuen Aufbruch. Nach meiner Vorstellung ist er vor allem mit der Rückgewinnung des Öffentlichen verbunden. Das heißt, dass lebensnotwendige Leistungen wie Energie, Wasser, Mobilität, aber auch Wohnen, Gesundheit, Bildung, Kultur und Sport öffentlich organisiert und garantiert werden müssen. Um wieder auf die Erfolgsspur zu kommen, geht es aber nicht um Bekenntnisse, sondern um harte Kärnerarbeit, da wird es ganz irdisch. Ein scheinbar kleines Thema ist z. B. das Verbot von Parteispenden von Unternehmen, eine zentrale Demokratiefrage. Mit unserer Kampagne für den Mindestlohn haben wir bewiesen, wie man erfolgreich gesellschaftliche Mehrheiten verändern und praktische

Ergebnisse erzielen kann.

Lasten Sie den Stimmungseinbruch für die Linke und ihre mäßigen Ergebnisse bei den diesjährigen Wahlen dem jetzigen Parteivorstand an?

Als stellvertretender Fraktionsvorsitzender gehöre ich zur Führungsebene der Partei. Die Führung ist gemeinsam für Erfolge und Niederlagen verantwortlich, da nehme ich mich nicht aus. Meine Hauptkritik – also auch Selbstkritik – ist: Wir haben die Beschlüsse des Rostocker Parteitages vom Mai 2010, die Linke für einen Politikwechsel zu stärken, nicht wirklich angepackt.

Gibt es Ihrer Ansicht nach politische Kursfehler, die zum betrüblichen Zustand der Linken geführt haben?

Der Hauptpunkt ist: Es gab in letzter Zeit keinen erkennbaren Kurs. Mit den Ergebnissen unseres Programmparteitages in Erfurt haben wir die Chance eines Aufbruchs. Wir haben auf die Finanzkrise, auf die zunehmende Kluft zwischen Reichtum und Armut, die soziale Ungerechtigkeit viele Antworten, waren aber nicht in der Lage, sie so zu kommunizieren, dass wir Gehör sowie mehr Mitstreiter fanden. Die Linke muss mit ihrer Politik einladend sein, das war sie in der letzten Zeit nicht.

Eine wichtige Aufgabe des neuen Parteivorstands wird die Vorbereitung auf die nächste Bundestagswahl sein. Mit welchem Ziel würden Sie diese angehen?

Wir müssen die Eigenständigkeit der Linken für einen Politikwechsel voranstellen, unsere Unterschiede zu anderen betonen, für unsere eigenen politischen Vorschläge werben und uns auf dieser Basis bündnisfähig zeigen.

Wollen Sie einen Regierungswechsel und eine Regierungsbereitschaft thematisieren?

Es wäre falsch, jetzt Konstellationen zu erörtern, das führt in die Sackgasse. Natürlich: Wir wollen, dass Schwarz-Gelb abgewählt wird. Die Bilanz von Union und FDP ist katastrophal. Frau Merkel bezieht in der Eurokrise wöchentlich eine neue Position, die FDP ist halbtot. Eine Fortführung dieser Regierung wäre schlecht für das Land. Wir haben aber erlebt, dass auch rot-grüne Regierungen Fehlentscheidungen treffen können. Deswegen wiederhole ich: Die Konstellationsfrage ist für die Linke nicht zielführend. Momentan geht es um die Profilierung unserer Eigenständigkeit.

Das klingt halblaut: Wir wollen einen Politikwechsel, aber ein Machtwechsel ist kein Thema. Sie erwarten doch nicht, dass andere Parteien den Politikwechsel bewerkstelligen, für den die Linke eintritt?

Natürlich nicht. Aber je stärker die Linke ist, desto mehr wird sich die Achse der Politik nach links bewegen.

Sie weichen aus. Ohne die gewollte

Herausbildung eines Reformbündnisses kommt ein Politikwechsel nicht zustande.

Das ist unbestritten und Überzeugung vieler in der Linken. Aber die Frage, ob und wie die Linke Bestandteil eines Regierungswechsels sein kann, lohnt heute keine Diskussion.

Warum antworten Sie so zaghaft, wenn es darum geht, Ihre Bedingungen für ein Reformbündnis zu erfahren? Sie schreiben vor zwei Wochen auf Ihrer Website: »Wir brauchen eine realistische Machtoption jenseits von Union und FDP« und erwarten für 2013 einen »Wechselwahlkampf«. Weiter: »Durchfallen wird, wer nicht im Spiel ist. Die Linke darf nicht auf der Tribüne sitzen.«

Seit Jahren ist völlig klar, dass die Linke auch zur Regierungsverantwortung bereit ist. Das haben wir nicht nur in Bundesländern gezeigt, dafür hat nicht zuletzt Oskar Lafontaine auch die bundespolitischen Voraussetzungen genannt. Eine der Garantien unseres Wahlerfolges 2009 war seine damalige Zusage: Wir wählen Kurt Beck sofort zum Kanzler, wenn der gesetzliche Mindestlohn durchgesetzt wird, die Rentenformel wieder hergestellt wird, Hartz IV überwunden wird und die Truppen aus Afghanistan abgezogen werden. Wir wollen mit unseren politischen Inhalten von der Tribüne zurück ins Spiel. Über alles weitere entscheidet unser Parteitag rechtzeitig vor der Bundestagswahl.

Bei der Wahl 2009 landete die Linke zweistellig vor den Grünen, die SPD stürzte um mehr als elf Prozent ab. Die Linke verschlief dann aber ihre Möglichkeit, eine notwendige Debatte mit eigenen Akzenten zu prägen: Wie kann

sich aus der rot-rot-grünen »Zwangsvereinigung« in der Opposition eine politische Alternative zu Schwarz-Gelb entwickeln? Inzwischen müssen SPD und Grüne wenig Rücksicht auf eine geschwächte Linke nehmen. Backen Sie deswegen kleinere Brötchen?

Unmittelbar nach der letzten Bundestagswahl war es nicht die Aufgabe, über eine zukünftige rot-rot-grüne Alternative nachzudenken. Zudem hat die SPD mögliche andere Machtoptionen – etwa in Thüringen, Sachsen-Anhalt oder Mecklenburg-Vorpommern – verweigert. Dieser Ball liegt weniger bei uns als bei der SPD.

Die Grünen haben auf ihrem Kie-ler Parteitag gerade beschlossen, den Spitzensteuersatz auf 49 Prozent zu erhöhen, die SPD will dies ebenso. Halten Sie das für eine ernsthafte Einsicht, nachdem beide ihn vor Jahren von 53 auf 42 Prozent abgesenkt haben, oder ist das nur Oppositionsgeklirr?

Ich hoffe, es ist ein echter Erkenntniszuwachs. Die Linke verfügt über ein ausgereiftes Steuerkonzept, das über die Vorschläge von SPD und Grünen hinausgeht. Beide Konkurrenten dürfen sich hier gerne – wie zuvor in anderen Bereichen, siehe Mindestlohn – für weiteres Nachdenken bedienen.

Sie haben zuvor Oskar Lafontaine ausdrücklich positiv erwähnt. Ist das Verhältnis Bartsch-Lafontaine repariert?

Was wir zu bereden haben, das bereden wir miteinander. Freundschaftlich, wie sich das für Mitglieder unserer Partei gehört.

Sie haben mit ihm auch über Ihre Kandidatur beraten?

Selbstverständlich habe ich mit ihm und anderen darüber gesprochen.

ND, 1.12: Bartsch kandidiert nun bedingungslos

Bundestagsfraktionsvize bewirbt sich als Parteichef der Linken – auch ohne Mitgliedsentscheid.

Dietmar Bartsch macht ernst: Am Mittwoch bestätigte er seinen Willen, für den Parteivorsitz kandidieren zu wollen. Unterstützung für seine Pläne kam aus einigen ostdeutschen Landesverbänden und von Ex-Parteichef Lothar Bisky.

Es war eine Pressekonferenz von einiger Symbolkraft. In der Berliner Volksbühne bekräftigte Dietmar Bartsch seinen bereits im nd-Interview verkündeten Entschluss, ins Rennen um den Parteivorsitz einzusteigen. In jener Volksbühne – nureinen Steinwurf entfernt vom Karl-Liebknecht-Haus – war die PDS-Führung um Gregor Gysi, Lothar Bisky, Heinz Vietze und Dietmar Bartsch 1994 in den Hungerstreik getreten, um gegen eine Steuernachforderung von mehr als 67 Millionen

DM zu protestieren. Eine Summe, die die Partei in den Ruin getrieben hätte. Der Protest der Hungerstreikenden war letztendlich erfolgreich.

Wie erfolgreich Bartsch sein wird, ist noch nicht abzusehen. Wie er gestern betonte, habe er die Parteiführung sowie Fraktionschef Gregor Gysi und den ehemaligen Parteivorsitzenden Oskar Lafontaine über seine Pläne informiert.

Die Landeschefs von Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt, Steffen Bockhahn und Matthias Höhn, begrüßten gestern seine Kandidatur. Auch der ehemalige Parteivorsitzende Lothar Bisky sagte gegenüber »nd«: »Ich traue ihm das zu.« Er kenne Bartsch als »verlässlichen und sehr engagierten Menschen, deshalb würde ich ihn wählen«, so Bisky, der heute Vorsitzender der Europäischen Linken im Brüsseler Parlament ist.

Inhalt

Aktuelle Meldungen

Schäubles Schulden • Kurzarbeit zusammengestrichen • Versammlungsfreiheit auch für Kurdinnen und Kurden!
• Linksfraktion fordert deutsch-französische Initiative zur Regulierung der Finanzkrise • Wahlen in Ägypten

Warum das Verbotsverfahren gegen die NPD stockt

Stuttgart 21: Eindeutiges Votum und nun?

Kanada: Verletzungen von Gewerkschaftsrechten

Auslandsnachrichten

Spanien: Streik der Zitrus-Pflücker geplant • Frankreich: Solidarität mit Redakteuren • Großbritannien: Streikdrohung gegen Rentenreform • Türkei: Fabrikbesetzung in der Lederindustrie • Indonesien: Bergarbeiterstreik unter Polizeidrohung • China: Streik bei Zulieferer von Apple und IBM • Tausende Arbeiter in Schuhfabrik im Streik • Guatemala: Erneut Mord an Mitglied der Gewerkschaft

Aktionen ... Initiativen

Darmstädter Signal kritisiert Strukturreform • Protestbündnis gegen Petersberg II • Einen Präventivschlag gegen den Iran verhindern • VENRO kritisiert „Niebels Alleingang“ • 18 000 fordern „Banken in die Schranken“ • Demonstration gegen Nachtflugverbot • Kalk hat dichtgemacht! Pro kam nicht zum AZ durch! • BUND startet zum Weltklimagipfel in Durban Stromsparekampagne • Beteiligung an Blockadeaktionen so groß wie in letztem Jahr • Zahl der Wohnungslosen in Deutschland steigt

Mannheim: Vorerst sieht es nach Blockbildung für sozialere Politik aus

Hamburg schiebt Roma ab

Kommunale Politik

Verdi wirft Bochumer Rat Wortbruch vor: Bochum. • Schnüffelangriff auf Schulcomputer bewegt sich auf extrem dünnem Eis: Pirmasens. • Geplanten Asbesttransport stoppen: Hannover. • Kommunales Sofortprogramm „Soziales Wohnen“. Bonn. • Mieterschutz bei städtischen Wohnungsverkäufen: Bochum. • Der neue Mietenspiegel. Hamburg. • Interfraktioneller Antrag – Ganztagschulen: Braunschweig. • SÖS-Linke: Chance für zu wenige. Stuttgart. • Aktuelle Stunde zu den rechtsextremen Anschlägen in Köln beantragt: Köln.

Kirchliches Streikverbot soll Bundestag beschäftigen

Mindestlohn: CDU macht Wind ohne Folgen

Wirtschaftspresse

China auf dem Weltmarkt – Konkurrent und Förderer

Arbeit im Automobilbau

Linke-Vizefraktionschef Dietmar Bartsch will sich für den Parteivorsitz bewerben

Unterstützt den Kampf der Beschäftigten von Jugoremedija!

Wir hatten in den Politischen Berichten Nr. 10/2011 über Versuche, die jugoslawische Arbeiterselbstverwaltung wiederherzustellen, berichtet. Einer dieser Betriebe ist die Pharmafirma Jugoremedija in Zrenjanin (Nordserbien). Die Beschäftigten, zugleich Eigentümer der Firma, befinden sich seit einigen Jahren in einer dauerhaften Auseinandersetzung mit den serbischen Staatsinstitutionen um die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze. Sie haben den Betrieb in Selbstverwaltung vor dem Bankrott bewahrt, mit ihrem eigenen Kapital den Bau einer zusätzlichen Forschungshalle finanziert und dennoch versucht die serbische Regierung dieses erfolgreiche Modell der Arbeiterselbstverwaltung mit allen erdenklichen Mitteln zu stoppen und zu verunmöglichen. Jetzt wenden sich die Beschäftigten mit einer Petition an die EU. Sie ist im Internet auch in Englisch (www.peticije24.com/support_jugoremedija_workers_struggle) einzusehen und kann dort unterstützt werden. Im Folgenden eine eigene, leicht gekürzte Übersetzung.

An den Leiter der EU Delegation in Serbien, Herr Vincent Degert, an das Europäische Parlament Sonderbeauftragter für den Balkan, Herr Jelko Kacin, an die Abgeordneten des Europäischen Parlaments,

Seit fast eineinhalb Jahren steht die Jugoremedija, pharmazeutische Fabrik aus Zrenjanin, und die Penpharm, Penicillin-Produktion, die von „Jugoremedija“ und einer Gruppe der Arbeitnehmer-Aktionäre aufgebaut worden ist – unter starken Druck aus den politischen Strukturen, von finanziellen Magnaten und der serbischen Medien. Obwohl im Juni dieses Jahres die EU Serbien beauftragt hat, 24 anfechtbar Privatisierungen zu untersuchen, unter ihnen der illegale Verkauf von Jugoremedija-Aktien im Jahr 2002, unternehmen die serbischen Behörden keine Schritte – im Widerspruch zu den Brüsseler Anforderungen.

Im Jahr 2007 gelang es Jugoremedija-Arbeitnehmern und Kleinaktionären nach einem hartnäckig Kampf über mehrere Jahre gegenüber serbischen Gerichten nachzuweisen, dass sowohl staatliche Stellen als auch der private Anleger Jovica Stefanovic mit dem Kaufvertrag über 42 % der Jugoremedija-Aktien gegen die Privatisierungsgesetze verstoßen haben. Jedoch hat bis heute der Staat nicht die Fehler,

die während der Privatisierung der Jugoremedija passierten, korrigiert. Arbeitnehmer und Kleinaktionäre mussten selbst für einen Ausgleich für den Schaden an ihrer Fabrik sorgen. Als Folge der illegalen Privatisierung hat das neue Management Schulden und Verluste im Gesamtbetrag von mehr als 30 Millionen Euro geerbt. Ohne Unterstützung durch den Staat – der jetzt 42 % des Aktienkapitals hält und damit der größte Einzelaktionär von Jugoremedija ist – ist es mit großen Anstrengungen der Arbeitnehmer-Aktionäre gelungen, die Verluste zurückzuzahlen und 11 Millionen Euro in die Modernisierung der Fertigungsanlagen zu investieren, so dass sie inzwischen den europäischen Standards für gute Herstellungspraktiken (GMP) erfüllen. Schließlich begann Jugoremedija, zusammen mit einer Gruppe der Arbeitnehmer-Aktionäre, Ende des letzten Jahres den Bau von Penpharm, einer Fabrik für Penicillin.

Die Ergebnisse der langandauernden Bemühungen der Jugoremedija-Arbeitnehmer-Aktionäre widerlegen, was die politischen Eliten, finanzielle Oligarchen und die von ihnen kontrollierten Medien uns vormachen wollen. Deshalb wurde der Druck auf Jugoremedija Druck ständig erhöht. Die Polizei führt Untersuchung wegen angeblichen Missbrauchs, noch ohne Ergebnis, aber mit genug begleitender Öffentlichkeit, um den Eindruck zu erwecken, dass „etwas Illegales“ in der Fabrik vor sich geht.

Nicht nur, dass die serbischen Behörden die Aufforderung der EU ignorieren, die 24 anfechtbaren Privatisierungsfälle – einschließlich Jugoremedija, aufzuklären. Darüber hinaus weigert sich die Staatsanwaltschaft, das Schreiben der EU zu veröffentlichen.

Daher appellieren wir an Sie, alles Ihnen Mögliche zu unternehmen, um die serbischen Behörden zu zwingen, die EU-Nachfrage für die Untersuchung von 24 anfechtbaren Fälle der Privatisierung zu erfüllen, – und uns damit zu helfen, die Ergebnisse, die wir bei Jugoremedija erreicht haben, zu schützen. Denn wenn Jugoremedija und Penpharm verschwinden, wäre das das Verschwinden von etwas Wichtigem für das serbische Volk – Hoffnung, dass der Kampf für Rechtsstaatlichkeit noch Sinn macht und dass Unrecht noch behoben wird.

Hochachtungsvoll
Udrúženje Ravnopravnost

Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint am 12. Januar 2012.

Redaktionsschluss: Freitag, 6. Januar.

Artikelvorschläge und Absprachen über pb@gnn-verlage.de.

Die nächsten Erscheinungstermine:

jeweils donnerstags: 9. Februar, 9. März, 5. April,